

Sozialdemokratischer Pressedienst

Verleger und Schriftföhrer:
Erich Kästner, Berlin.
Verleger: Carl Schöndel 4100/4100



Redaktion für Druck und Gestaltung:
Berlin G204, Tele. Wilhelm-Platz 6
Verantwortl.: Geydland

Die Zeitung wird im Auftrag
des Bundesrates der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
in den Verlagsstellen, unter der Aufsicht des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda
in Berlin, gedruckt.

Berlin, den 29. Dezember 1932

Int. Institut
Soc. Geschiedenis
Amsterdam

Neues Jahr - neuer Kampf.

Eine Neujahrsbetrachtung von Otto Wels.

SPD. Wieder liegt ein Jahr schwerer Kämpfe hinter uns. Auch in den verfloßsenen zwölf Monaten hat die Sozialdemokratie gezeigt, dass sie in ihren Grundfesten unerschütterlich ist.

Alle Anstürme gegen die rote Festung scheiterten an dem Abwehrwillen der Millionen, die heute die Sozialdemokratie verkörpern. Nur wenige wurden wankend, nur wenige haben uns verlassen! Neue Kämpfer sind zu uns gestossen. Der überwiegende Teil der deutschen Arbeiterschaft steht treu zu unserer grossen Bewegung. Aller zur Jahreswende zu gedenken, die zu ihr beigetragen haben, und allen zu danken, die für sie gestritten und gelitten haben, ist wohl jedem, der heute verantwortlich an der Spitze der Partei steht, Herzensbedürfnis.

Auch das neue Jahr wird die Sozialdemokratie in Feindschaft und unerbittlichem Kampf gegen alle wieder aufwärts strebenden Kräfte der Finsternis sehen. Es sind die gleichen Kräfte, die uns in den Weltkrieg mit seinem ungeheuren Elend und seinen schrecklichen Folgen geführt haben, die Kräfte, die seit Papen und der Gewaltaktion gegen Preussen wieder ihre Zeit für gekommen halten.

In dem Kampf gegen diese Zwickel-Gestalten liegt die erste Etappe hinter uns. Sie dauerte nicht "vier Jahre", die Papen in Deutschland regieren wollte. Sie fand schon nach wenigen Monaten ihr Ende. Der Mann, der sich einbildete, zu allem, selbst zum Verstand, das "Recht und die Macht" zu haben, ohne jemals von dem Recht des Volkes zu sprechen, ist kläglich gescheitert. Der zähe Wille der deutschen Arbeiterbewegung führte zu seinem Sturz. Sein "Wille zur Macht" und seine Rückversicherungsreden auf den Reichspräsidenten waren gegen die geschlossene Abwehrbewegung der Arbeiterschaft machtlos.

Papen ging, gehasst von Millionen, die er durch Reden und Handlungen bis ins Innerste getroffen und verletzt hat. Er ist das lebende Beispiel dafür, dass der Wille zur Macht allein nichts nutzt, wenn die deutsche Arbeiterschaft aller Richtungen geschlossen in Front tritt.

Das Fiasko des Papen-Regimes brachte den intellektuellen Urheber dieses Regimes, den General der Infanterie von Schleicher, auf den Reichskanzlerstuhl. In der Sprache der Herren Papen und Schleicher löste der "Freund" den "Freund" ab. Mit Schleicher kehrten bis auf Herrn Gayl die alten Männer, die Freiherren und Barone, wieder. Die Firma blieb die alte, nur musste ihr Generaldirektor aus den Kulissen hervortreten und dem Unternehmen jetzt auch seinen Namen geben. Seitdem sind mehrere Wochen ins Land gegangen. Zunächst zeigten die Herren das Bedürfnis, sich anders zu geben als in den Monaten vorher. Sie

taten das Gegenteil von dem, was sie vorher unter Herrn von Papen beschlossen und gebilligt hatten. Sie hoben einen grossen Teil der Verordnungen, zu denen sie unter Papen Ja und Amen gesagt hatten, in Bausch und Bogen auf. Sie beschlossen so "zur Erhaltung des inneren Friedens!" Ein Beweis, dass unter Papen nicht im Sinne dieses Friedens regiert worden ist.

Warum diese Selbstverleugnung? Sie hatte keinen anderen Zweck als die geschlossene Front der Arbeiterbewegung gegen die Papen-Regierung zu spalten. Dieses Ziel, Zentrum und christliche Gewerkschaften von den übrigen Organisationen, die zielbewusst gegen die Papen-Regierung und ihren Kurs ankämpften, zu trennen, ist zweifellos geglückt. Die Regierung Papen stützte sich nur auf die Deutschnationalen. Die deutschnationale Schleicher-Regierung stützt sich auf die Deutschnationalen und auf das Zentrum. Ohne die Initiative, insbesondere des Zentrumsführers Kaas, wäre Herr von Schleicher wahrscheinlich niemals Reichskanzler geworden. So erklärt es sich, dass Zentrum und christliche Gewerkschaften heute nicht mehr dort stehen, wo sie während der Papen-Regierung gestanden haben. Sie haben ihre Stellung gewechselt, obwohl die Regierung Schleicher politisch und personell nicht anders ist als das Papen-Kabinett ohne Papen. Zwar brauchen wir uns heute nicht mehr tagtäglich für unser Geld und in jeder denkbaren Weise von höchster Stelle des Reiches beschimpfen und herabsetzen zu lassen. Die politischen Methoden sind unter Herrn Schleicher andere geworden. Er operiert vorsichtiger und zurückhaltender. In der Sache aber hat sich nichts geändert! Wirtschaftspolitisch sehen wir heute den gleichen reaktionären Kurs wie vor der Reichskanzlerschaft des Herrn von Schleicher und in der allgemeinen Politik charakterisiert der neue Beamtenstich in der preussischen Schulverwaltung das nationale Versöhnungsgerede der gegenwärtigen Reichsregierung als Bluff. Schleicher ist ebenfalls auf dem besten Wege, die Sozialdemokratie zu diffamieren. Er geht diesen Weg, obwohl gerade er wissen sollte, dass die Sozialdemokratie während des Krieges und nach dem Kriege hundertmal mehr Zeugnis für wahres Nationalbewusstsein abgelegt hat als irgend eine der Gruppen, die sich heute als "aufbauwillige Kräfte" und Stützen der Nation feiern lassen.

So sehen wir auch in dieser Regierung Schleicher nichts anderes als ein Kabinett, das uns in jeder Beziehung, wenn auch mit generalstäblicher List und Schläue, in vergangene Zeiten zurückführen möchte. Die Redensart von dem "sozialen General", die der gegenwärtige Reichskanzler so gern hört, kann uns nicht beirren. Wir stehen gegen die Regierung dieses Entdeckers des Herrn von Papen und gegen diesen Urheber des Papenkurses in schärfster Opposition. Der Wiederaufstieg der Arbeiterklasse ist nur möglich gegen diesen "sozialen General", gegen alle die ihn stützen und die er heute direkt oder indirekt finanziert. Wir führen den Kampf gegen die Schleicher-Regierung in sachlicher Opposition mit dem Ziel, den Einfluss der Arbeiterklasse zu stärken. Sie muss zurück zur Macht! Nicht Generale und nicht Barone, nicht Industriekapitäne und nicht Junker können die Interessen der Arbeiter und Angestellten, der Kleinbauern und Gewerbetreibenden, der Arbeitslosen und Rentner und der ganzen Millionenarmee der Mühseligen, Beladenen, Hungernden und Darbenden vertreten. Nur in ihrer eigenen Hand sind ihre Interessen gewahrt und gesichert.

Ein schweres Jahr liegt hinter uns. Ein nicht minder schweres steht vor uns. Um es wiederum zu bestehen, muss die Schlagkraft der stärksten Arbeiterpartei Deutschlands zur höchsten Vollendung gebracht werden. Das geschieht nicht durch langatmige Zeitungsartikel über taktische und organisatorische Fragen. Nichts liegt uns ferner, als die traditionelle Diskussionsfreiheit der Partei einzuschränken. Aber angesichts der Feinde ringsum sind jedem einzelnen von uns in seinen öffentlichen Meinungsäusserungen Grenzen gesetzt. Sie beginnen dort, wo der Gegner aus dem geschriebenen oder gesprochenen Wort, Waffen gegen uns schmieden kann. Es gibt in der ganzen Welt keine zweite Par-

tei, in der vor der gesamten Oeffentlichkeit so offenherzig gehandelt wird wie bei der Sozialdemokratie. Mit diesem Grundsatz wollen wir es im allgemeinen auch in Zukunft halten. Aber wer kämpfen will - und das wollen wir - der breitet seine Pläne nicht auf offenem Markte aus.

Disziplin und Kampfbereitschaft waren stets die besten Waffen der Sozialdemokratie. Wir wollen sie auch 1933 scharf und geschliffen halten. Das ist es, was die Partei des schaffenden Volkes im neuen Kampfbjahr braucht.

SPD. Dresden, 29. Dez. (Eig. Drahtb.)

Der Staatsanwaltschaft und einem Teil der Dresdener Presse ist zum Fall Hentzsch ein aufsehenerregender anonymer Brief eines SA-Mannes zugegangen, der die Mordtat von einer neuen Seite beleuchtet und gewisse Gerüchte, die seit einiger Zeit im Umlauf sind, bestätigt.

In diesem Brief heisst es, dass der Leiter des Nachrichtendienstes der NSDAP, Abgeordneter Dr. Bennecke, der Auftraggeber an Schenk und Genossen (die Mörder des Hentzsch) gewesen sein müsse. Denn Schenk habe dem Briefschreiber sofort nachdem das Verschwinden des Hentzsch in der Oeffentlichkeit bekannt geworden war wörtlich gesagt: "Der ist sicher untergebracht. Das hat Bennecke wieder einmal fein geschoben. Es war auch die höchste Zeit." Als der Briefschreiber erfuhr, dass Dr. Bennecke der Polizei gegenüber vorteilhaft über Schenk ausgesagt hatte, will er gleich gewusst haben warum. Aber ein so scheussliches Verbrechen habe er damals nicht geahnt, weil Schenk nur ganz allgemein gesprochen hätte: "Ich habe mitgeholfen. Daraus gibt's was". In dem anonymen Bericht wird schliesslich Verwunderung darüber ausgesprochen, dass Dr. Bennecke noch nicht wegen Verdunkelungsgefahr verhaftet worden sei. Er, der Briefschreiber, könne sich das nur so erklären, dass sich die von ihm schon oft in engerem Kreise gerühmten guten Beziehungen zur Polizei belohnt machen. Von Kriminalrat Vogel (der den Mörder Schenk hat entwischen lassen) habe Dr. Bennecke immer mit besonderer Hochachtung gesprochen.

Man darf annehmen, dass die Dresdener Staatsanwaltschaft, die es bisher im Gegensatz zur Polizei nicht an Tatkraft hat fehlen lassen, nunmehr die nötigen Schritte mit grösster Beschleunigung einleiten wird. Bennecke ist allerdings zunächst noch durch seine Immunität geschützt.

SPD. Braunschweig, 29. Dez. (Eig. Drahtb.)

Aus der Antwort des deutschnationalen Ministers Kuchenthal auf die Anfrage eines sozialdemokratischen Abgeordneten des braunschweigischen Landtags über die Tätigkeit des Regierungsrates Hitler ergibt sich, dass bei Hitler jede Voraussetzung für seine Ernennung zum Beamten fehlt und sie deshalb rechtsunwirksam ist.

Minister Kuchenthal erklärt zwar: Regierungsrat Hitler hat dem braunschweigischen Minister des Innern, nach dessen Mitteilung, als Sonderberater in wirtschaftlichen Fragen, insbesondere in der Frage der Erhaltung des Unterharzer Bergbaues, wertvolle Dienste geleistet! Diese wertvollen Dienste sind aber nicht Kuchenthal, sondern nur seinem nationalsozialistischen Ministerkollegen bekannt. Mit anderen Worten: Hitlers Tätigkeit ist nur eine Scheintätigkeit. Bei seiner Anstellung wurde offiziell gesagt, er werde vor allem zur Erlangung wirtschaftlicher Aufträge für das Land Braunschweig gebraucht. Jetzt stellt sich heraus, dass Adolf nur Ratschläge erteilt, für die er sein Gehalt einsteckt. Nach den u. a. von dem Staatsrechtslehrer Jellenik betonten Staatsgrundsätzen entfallen somit alle Voraussetzungen für das Beamtenver-

konten Staatsgrundsätzen entfallen somit alle Voraussetzungen für das Beamtenverhältnis Hitlers. Es ist rechtsunwirksam geworden. Damit dürfte auch die durch die Anstellung erlangte Einbürgerung Hitlers unwirksam werden.

SPD. Warschau, 29. Dez. (Eig. Drahtb.)

Die Tätigkeit der ukrainischen Terroristen hat in Ost-Klempolen eine grosse Vergeltungsaktion der polnischen Behörden gegen die ukrainische Bevölkerung zur Folge. Täglich werden in den drei ostklempolnischen Wojewodschaften Massenverhaftungen und Haussuchungen vorgenommen und zahlreiche ukrainische Organisationen geschlossen. Unter den Verhafteten befinden sich vor allem Studenten und Vertreter der ukrainischen Intellektuellen.

Der sozialistische "Robotnik" schreibt am Donnerstag zu dem ukrainischen Problem, dass das gegenwärtige polnische Regime nicht gewillt ist, die ukrainische Frage auf der Grundlage der Gerechtigkeit und der Verständigung zu lösen. Die Pilsudski-Regierung, die von den Ukrainern Loyalität verlange, vermesse, dass Loyalität nur eine Folge der Verständigung und nicht deren Vorbedingung sein könne. Die polnischen Reaktionäre aus dem Pilsudski-Lager verdächtigen die Ukrainerbewegung als "deutsche Intrige". Das sei eine bewusste Irreführung der öffentlichen Meinung. Die Pilsudskisten hätten im Verhältnis zu den Ukrainern tausend mal mehr Sünden auf dem Gewissen.

SPD. Der ermordete SA-Mann Hentzsch in Dresden gehörte einer besonderen Formation, dem Geheimdienst, an. Die Kenntnisse, die er dabei erworben hat, haben ihm offenbar das Leben gekostet. Was ist dieser Geheimdienst? Eben jetzt äussert sich in den "Deutschen Nachrichten" (Herausgeber Reinhold Wulle) ein Mann darüber, der es wissen muss. Dort schreibt Dr. Landeskreiner-Dresden, ehemaliger SA-Führer in Sachsen über die Gründe seines Austritts aus der NSDAP. und enthüllt dabei zugleich das Wesen des Geheimdienstes:

"Dann kam aber das Verbot und der Sommer 1932 mit all seinen Fehlschlägen. Anscheinend suchte man jetzt in München nach den Gründen der Fehlschläge, um so mehr, als sich dort viel Material über Vetternwirtschaft und Bonzontum angesammelt hatte. Da richtete man den Geheimdienst ein. Ein Aufatmen ging durch unsere Reihen - jetzt wird es besser, jetzt wird ausgemistet. Dass mit dieser Beobachtung auch ein Trupp z. b. V. aufgestellt wurde und dass gleichzeitig eine Bespitzelung der Gegner wie Stahlhelm, DNVP., SPD., KPD. und wie all diese Stellen heissen, stattfand, war uns nicht weiter verwunderlich. Man wusste, dass man auf gefährlichem und verlorenem Posten stand, man tat aber seine Pflicht und glaubte, es sei zum Besten des Ganzen.

Als man später einsehen musste, dass alle Meldungen doch keine Besserung brachten, und man sogar erleben musste, dass die geheime SS.-Führerbesprechung vom 28. Juli 1932 in Chemnitz über Terrorakte am 12. August 1932 in der "Chemnitzer Volksstimme" nachzulesen war, da war es aus. Soviel Unzulänglichkeit habe ich noch nie auf einem Haufen zusammen gesehen. Man lebte bis dahin in einem Wahn, als ob alles nur Nebenerscheinungen seien, jetzt wurde man hellhörig und sah mit einem Male, dass der Sumpf grösser und tiefer war, als man glauben wollte. Es gab kein Entrinnen mehr. Man hoffte auf Hitler, aber der wollte ja nicht, oder konnte nicht mehr. Die Mauer um ihn war zu hoch. Man sagte mir mal, nur über seinen Chauffeur könne man noch an ihn heran. Derartige Domestikenwege sind aber doch unwürdig und geht man nicht. Der Fall Röhm ist in dieser Beziehung geradezu typisch. Als die Angelegenheit mit ihm und dem Reichsbannerführer Mayr an die Öffentlichkeit kam, sagte man nur eines Tages in Berlin: "Röhm verschwindet". Alles wartete darauf, es geschah aber nichts.

Was liegen da für Bindungen vor? Es kann dem Hitler doch nicht gleichgültig sein, wenn es schliesslich auf ihn zurückfällt. Eine Bewegung muss sauber bleiben, sonst ist sie zum Verfall verurteilt."

Mit dieser Veröffentlichung fällt Licht nicht nur auf den Fall Hentzsch sondern auf die Geheimorganisation der NSDAP. überhaupt. Dieser Dr. Landeskreiner, der es wissen muss, lässt erkennen, dass besondere Formationen für Terrorfälle gebildet worden sind. Geheimdienst, ein Trupp z.b.V. (zur besonderen Verwendung), Bespitzelung, auf gefährlichem und verlorenem Posten - nur ahnt man, warum Hentzsch ermordet worden ist! Wahrscheinlich gehörten die Mörder zu einem Trupp z.b.V.! Es wäre angebracht, diese Dinge in eingehendster parlamentarischer Untersuchung zu klären, die nicht an den Grenzen des Falles Hentzsch halt macht!

SPD. Dresden, 29. Dez. (Fig. Drahtb.)

Die sächsische Regierung hat am Donnerstag bei der Reichsregierung den angekündigten Antrag auf Auslieferung der Mörder des Hentzsch gestellt. Die Mörder befinden sich in Bozen.

SPD. Die "Säuberung" der preussischen Schulverwaltung von Republikanern hat am Donnerstag begonnen. Allein vom Provinzial-Schulkollegium Berlin-Brandenburg wurden nicht weniger als 13 höhere Beamte auf die Strasse gesetzt. Bis auf einen sind alle gemassregelten entschiedene Republikaner. Der Nichtrepublikaner zählt zur Volkspartei. Seine Amtsenthebung war schon seit Monaten wegen Krankheit geplant.

Ueber die Massregelungen in den übrigen Schulverwaltungen ist bisher näheres nicht bekannt. Aber die Art, wie die schwarz=weiss=roten Preussenkommissare in Berlin "gespart" haben, lässt über den Sinn ihrer neuesten "Sparaktion" nicht mehr den geringsten Zweifel. Sie "sparen" um jetzt auch die preussische Schulverwaltung reaktionären Kräften auszuliefern. Ihr Sparsamkeitsdrang ist nur die Etikette für einen von langer Hand vorbereiteten Rachefeldzug gegen alle freiheitlich gesinnten Kräfte der preussischen Schule.

Von den 13 Beamten, die allein in Berlin in die Wüste geschickt werden, gehört weit über die Hälfte der Sozialdemokratie an, einige sind Demokraten, einer gilt als linksstehender Zentrumsmann. Alle rechtsstehenden und zum rechten Zentrum zählenden Beamten des Provinzialschulkollegium Berlin-Brandenburg bleiben unbehelligt, sodass die Schule im roten Berlin in Zukunft Leuten ausgeliefert ist, die gesinnungsmässig im schroffsten Gegensatz zu dem übrigen Teil der Berliner Bevölkerung stehen. In ähnlicher Weise wird im übrigen Preussen "gespart" werden. Die Entlassungsschreiben sind am Donnerstag abgegangen. Sie sind in der Hauptsache an Sozialdemokraten gerichtet.

Die Auswirkung der schwarz=weiss=roten "Sparaktion" in der preussischen Schulverwaltung wird sich im einzelnen frühestens am Freitag genau übersehen lassen. Aber darüber, dass sie sich ausschliesslich gegen Sozialdemokraten und Republikaner richtet, dass kaum rechtsstehende oder deutschnationale Beamte von ihr betroffen werden, ist schon heute kein Zweifel mehr möglich. Die "Sachlichkeit", mit der die Preussenkommissare angeblich auch bei dem Abbau in der preussischen Schulverwaltung vorgehen wollten, erweist sich als Parteibuchwirtschaft übelster Art, über die in den nächsten Tagen noch manches zu sagen sein wird.

SPD-.Dresden, 29.Dez.(Eig.Drahtb.)

Die Dresdener Nazis haben am Donnerstag auf das Gregor Strasser-Haus in der Wiener Strasse halbmast geflaggt. Auf Anruf konnte man erfahren, dass dieser Trauerbeweis dem toten Hentzsch galt.- Erst haben sie ihn umgebracht, und dann trauern sie um ihn. Höher geht die Heuchelei nicht.

SPD. Die gesamte Presse widmet dem nationalsozialistischen Fememord an dem Dresdner SA-Mann Hentzsch den breitesten Raum. Die Scheusslichkeit dieses Verbrechens hat in ganz Deutschland die tiefste Empörung ausgelöst. Die Berliner "Deutsche Allgemeine Zeitung", die sich ebenso wie die "Frankfurter Zeitung" seit Monaten die politische Aufgabe gestellt hat, die Nazis in die Reichsregierung zu bringen, ist entsetzt. Sie nennt den Dresdner Mord "ein zweites Potempa" und beschwört die Nazipartei, jeden Versuch, die Täter in Schutz zu nehmen oder die Tat abzuschwächen, müsse schwere Folgen für die Hitlerpartei nach sich ziehen.

Was die "Deutsche Allgemeine Zeitung" verhindern will, ist jedoch längst eine unumstößliche Tatsache. Die Hitlerpartei schwächt nicht etwa ab. Sie beschönigt und verdreht und nach viel geübtem Brauch häuft sie zu dem Mord noch die niedrigste und erbärmlichste Gemeinheit: sie besudelt das Opfer und bewirft es, zur Entschuldigung der Mordbestien, mit Kot und Dreck. Genau wie im Fall Potempa.

In dem Kölner Naziblatt stand beispielsweise ein Bericht, in dem der ermordete Hentzsch als Opfer vom "Rotmord" bezeichnet wird. Goebbels wagt es in einem Berliner Naziblatt, die Juden als Schuldige hinzustellen, die durch vorzeitige Veröffentlichungen die Aufklärung eines Verbrechens verhindern wollen. In Dresden, am Tatort, sind solche faulen Ausreden schwieriger. Dort hilft es nicht "Rotmord" oder "die Juden" zu rufen. Deshalb müssen der Ermordete und seine Familie herhalten. Sie werden von dem Dresdner Naziblatt mit Gemeinheiten bedacht. Der Dresdner SA wurde zugleich verboten, sich an der Beerdigung zu beteiligen. Allerdings, nachdem die Mutter von Hentzsch vorher jede Teilnahme der Nazipartei abgewiesen hatte.

Die Nazipartei und ihre Presse scheuen nicht die frechste Lüge, um die Schandtät zu verwischen und die Mörder zu schützen. Sie sitzen aber in Italien, und wenn es ihnen gelungen ist, in das Reich Mussolinis zu flüchten, so nur deshalb, weil die Nazipartei eine gutfunktionierende Fluchtorganisation für ihre Mörder und Verbrecher eingerichtet hat. Nicht nur die Mörder von Hentzsch konnten über den Brenner entkommen und haben Geld genug, in Italien zu leben. Mit Pass, Geld und "Auftrag" versehen, ist auch der zu langer Zuchthausstrafe verurteilte Bombenleger und Standartenführer Eicke aus Ludwigshafen nach Bozen geflohen. Im Auftrage Hitlers hat dieser Verbrecher am Unterjochungsdenkmal von Tirol einen Kranz niederlegen und Parade abnehmen dürfen. Die Reichsbannermörder aus der Berliner Hufelandstrasse waren ebenfalls nach Italien geflohen.

Italien ist das Mörderparadies für die Insassen der Braunen Häuser geworden.

SPD. Paris, 29. Dez. (Eig. Drahtb.)

Am Donnerstag begann in der Kammer die Debatte über die Ratifizierung des Lausanner Protokolls und die Garantie der in Frankreich aufzulegenden österreichischen Anleihe.

Der Nationalist Marin beantragte, die Vertagung des Gesetzentwurfs. Er begründete seinen Standpunkt damit, dass Frankreich angesichts seiner kritischen Finanzlage sein Geld selbst brauche, dass der Ertrag der Anleihe nicht

Oesterreich zugute komme, sondern nur zur Rückzahlung des Kredites der Bank von England diene, dass Frankreich die geliehenen Gelder niemals wiedersehen würde und dass die Anleihe den Anschluss begünstige. Das Versprechen Oesterreichs, bis zum Jahre 1953 seine politische Unabhängigkeit nicht aufzugeben, vollkommen wertlos sei. Unter diesen Umständen wäre eine Bewilligung der Anleihe eine Handlung der Schwäche gegenüber den Freunden Frankreichs in Mitteleuropa. Marin zog später seinen Antrag zurück.

Der Berichterstatter der Finanzkommission Lamoureux verteidigte den Gesetzentwurf vom finanziellen Standpunkt aus und empfahl der Kammer, ihn zu billigen. Im Namen des Auswärtigen Ausschusses setzte sich der radikale Abgeordnete Viénot, ebenfalls für die Vorlage ein, die nach seiner Ansicht einen mehr politischen als finanziellen Charakter habe. Eine Ablehnung der Anleihe würde nach der Verweigerung der Schuldzahlung an Amerika im Ausland den Eindruck erwecken, dass Frankreich nicht mehr am internationalen Leben teilnehmen, sondern sich vom Ausland abschliessen wolle.

Der frühere Finanzminister Flandin (Linksrepublikaner) wandte sich in einer scharfen Rede gegen die Anleihe. Seine Argumentation lief darauf hinaus, dass die Anleihe im Grunde genommen nur dazu diene, die österreichische Creditanstalt und den österreichischen Staat, der durch wiederholte Stützungsaktionen und die Uebernahme der Garantie für die Guthaben der Auslandsgläubiger stark in Schulden geraten sei, zu sanieren. Dazu sei aber die Anleihe nicht ausreichend. Oesterreich könne nicht gerettet werden, solange der gegenwärtige wirtschaftliche Zustand in Mitteleuropa bestehe.

Herriot befürwortete die österreichische Anleihe in einer glänzenden Rede, in der er unter grossem Beifall der Linken die Argumente Flandins widerlegte und die ohne Genehmigung des Parlaments von den früheren Regierungen gewährten Auslandsanleihen kritisierte. Herriot fasste am Schluss seiner Rede die Gründe, die für die Gewährung der Anleihe sprechen, wie folgt zusammen: 1) muss die politische, wirtschaftliche und moralische Unabhängigkeit Oesterreichs gesichert werden. Man dürfe Oesterreich nicht dem Schicksal preisgeben, eine Provinz eines grösseren Staates zu werden, 2) würde Frankreich durch die Ablehnung der Anleihe zum Ausdruck bringen, dass es die Politik des Völkerbundes nicht mehr mitzumachen gedenke, 3) würde der Friede gefährdet werden. Man müsse dem französischen Volk sagen, dass diese Geste zugunsten Oesterreichs notwendig sei, um die furchtbaren Kriegsfolgen für dieses Land verschwinden zu lassen. Er, Herriot, sei davon überzeugt, dass das Volk diesen Appell zugunsten der Wiederversöhnung und des Friedens beherzigen werde. (Stürmischer Beifall auf der Linken und in der Mitte. Herriot wird beim Verlassen der Tribüne vom Ministerpräsidenten und zahlreichen Abgeordneten beglückwünscht.)

Nach kurzer Unterbrechung der Sitzung, während der die Radikalen unter dem Eindruck der Rede Herriots beschlossen für die Anleihe zu stimmen, ohne allerdings Fraktionszwang auszuüben, verteidigten Finanzminister Chéron und Ministerpräsident Paul Boncour die Vorlage. Der Ministerpräsident stellte am Schluss seiner Rede die Vertrauensfrage für die Annahme des Gesetzentwurfes.

SPD. Dresden, 29. Dez. (Eig. Drahtb.)

Die Obduktion der Leiche des von der SA-Feme ermordeten Nationalsozialisten Hentzsch wurde am Mittwoch vorgenommen. Amtlich wird darüber gemeldet:

"Der Befund ergab, dass drei Schüsse auf den Ermordeten abgegeben worden sind. Der Einschuss, der beim Durchgang durch die Lunge eine Arterie aufgerissen hat, hat den Tod des Hentzsch herbeigeführt. Im Körper des Er-

mordeten wurde ein Geschoss aufgefunden. Ein weiteres Geschoss, wahrscheinlich das, welches die Lunge durchbohrte, wurde in der Kleidung an der Stelle des Rückens aufgefunden. Der Tod Hentzschs ist nicht durch Ertrinken, sondern infolge des Lungenschusses eingetreten."

SPD. Köln, 29. Dez. (Eig. Drahtb.)

Der Massenabbau von Arbeitskräften bei den Radium-Gummiwerken Köln, wurde von der Firma in erster Linie mit dem Nachlassen der Aufträge aus Grossbritannien infolge der Kontingentierungspolitik begründet. Wenige Tage nach den Stilllegungsverhandlungen hat jedoch die Betriebsleitung für sämtliche Betriebsabteilungen die bestehenden Akkordsätze gelündigt. Es besteht deshalb der wohlbegründete Verdacht, dass der Massenabbau vor allem zu dem Zwecke erfolgte, in absehbarer Zeit mit niedrigen Löhnen weiter zu arbeiten.

SPD. In dem Kölner Naziblatt stammelt der Nachfolger von Gregor Strasser, Dr. Robert Ley, Erklärungen gegen den "Sozialdemokratischen Pressedienst". Ley versucht sich von den Vorwürfen zu reinigen, die "Der deutsche Weg", das Nazi-Oppositionsblatt von Wilhelm Klute erhoben hat und die der "Soz. Pressedienst" im Auszuge zitierte. Ley wurde darin u.a. "ein armseliges Zuhälter" genannt.

Das Verstammel des würdigen Organisationsleiters der Nazi-Partei gegen die sozialdemokratische Presse hilft nichts. Ley ist öffentlich von seinen früheren Pgs eines der schwersten Verbrechen bezichtigt worden. Hier, Herr Ley, ist die Rose - hier muss gesprungen werden. Alles andere ist nur Ausrede und soll den Blick von den Tatsachen ablenken.

SPD. Wien, 29. Dez. (Eig. Drahtb.)

Der frühere Oberste Gauschatzmeister der österreichischen Nazi-Partei, Walter Turek, verschickt ein Rundschreiben an seine Nazifreunde, in dem er die übelsten Korruptionsaffären aus dem Braunen Haus in Wien schildert.

Turek berichtet wie die Naziangehörigen mit allen erdenklichen Mitteln zu Spenden gepresst werden, um damit die vielen Schulden der Partei zu decken. In der gleichen Zeit raufen sich aber die obersten Naziführer Frauenfeld und Proksch ums Geldverdienen an den Partei-Unternehmungen. Das Rundschreiben schliesst mit der Aufforderung: die Hitlerpartei zu verlassen, für die der Sozialismus nur ein Aushängeschild sei.

Eine zweite wenig erbauliche Sache über die österreichischen Hakenkreuzler wurde am Donnerstag-Nachmittag bekannt. Die Polizei hat bisher sieben Hakenkreuzler verhaftet, die unter dem Verdacht stehen, an dem letzten Tränengasattentat auf ein Wiener Warenhaus beteiligt gewesen zu sein. Jetzt hat die Polizei erfahren, dass im Braunen Haus ein Femegericht eingesetzt wurde, das die sieben verhafteten Hakenkreuzler zur Verantwortung ziehen will, weil sie angeblich auf der Polizei das Attentat gestanden haben und die Zusammenhänge zwischen dem Tränengasattentat und dem Braunen Haus aufgedeckt hätten.

SPD. Immer unzweideutiger enthüllt der "neue Kurs" unter General Schleicher seine "sozialen" Ziele. Wirtschaftlich steuert er im Fahrwasser des Herrn von Papen. Politisch scheint er den Ehrgeiz zu haben noch weiter rechts zu steuern als das "Kabinett der Barone".

Hand in Hand mit dem Hinauswurf der Sozialdemokraten und Republikaner aus der preussischen Schulverwaltung beginnt jetzt ein Hinauswurf von missliebigen Auslandsdeutschen und linksstehenden, seit Jahren in Deutschland lebenden Ausländern und Emigranten. Einer grossen Zahl ausländischer, im bürgerlichen Beruf stehender Kommunisten ist die Mitteilung zugegangen, dass sie in allernächster Zeit ausgewiesen werden. Als Grund wird "staatsfeindliche Betätigung" angegeben, die bereits darin erblickt worden ist, dass einer die-ser-Auszuweisenden für den Wahlfonds der KPD gesammelt hat. Selbst vor öster-reichischen Staatsangehörigen oder Deutschen aus der Tschechoslowakei soll nicht Halt gemacht werden.

Noch schlimmer aber, wenn missliebigen Deutschen das Pass- und Ausreiserecht genommen werden soll. Die dänischen Zeitungen berichten in entrüsteten Artikeln, dass dem deutschen Pazifisten Lehmann-Russbüldt zu einem Vortrag im Kopenhagen die Ausreise verweigert und der Pass entzogen wurde.

Das sind Methoden, die man bisher nur in Kriegszeiten erlebte, dann aber wenigstens gleichmässig und für alle! Schleicher scheint einen Dauerkriegszustand schaffen zu wollen - aber nur gegen links!

SPD. Der Senat hat am Donnerstag=Nachmittag - wie uns aus Paris gemeldet wird - den von der Kammer gebilligten Gesetzentwurf über das provisorische Budget für den Monat Januar ohne jede Aenderung mit 242 gegen 6 Stimmen verabschiedet.

Schluss des politischen Teiles.- Auf Wiederhören

Freitag=Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850.

Blößen

ERSCHEINT NACH BEDARF

Träume vom Krieg.

SPD. Die erste Voraussetzung eines jeden Krieges ist die Illusion. Wenn an Stelle der Illusion das genaue Wissen über Bedingungen und Möglichkeiten und Folgen eines Krieges wäre, wenn das schauerliche Gesicht des Krieges sich jedem unverhüllt zeigen würde, so wäre ein Krieg nicht möglich. Jeder Militarist erblickt deshalb seine oberste Aufgabe in der Erzeugung von Illusionen. So war es in Deutschland in den ersten Jahren nach dem Kriege, als die Nationalisten und Monarchisten der jungen Generation vom Revanchekrieg vorschwärmten. Damals wurden geflissentlich Gerüchte über geheimnisvolle Waffenerfindungen verbreitet, eine ganze Literatur der Lüge, der technischen Illusion vom Kriege ist erstanden.

Auch Sowjetrußland hat seinen Militarismus. Man hat nicht nur materiell sondern auch geistig gerüstet. Man hat in der russischen Jugend die Illusionen erzeugt, die jeder Militarist braucht. Nun ist die aussenpolitische Lage der Sowjetunion ausserordentlich ernst geworden. Der japanisch-chinesische Konflikt birgt Gefahren für die Sowjetunion in sich, das Gespenst eines Krieges im fernen Osten ist emporgestiegen. Jeder Sachverständige weiss, dass die militärische Position Sowjetrußlands im Fernen Osten ausserordentlich schwierig ist. Eine einzige Bahnstrecke führt vom europäischen Rußland durch Sibirien nach dem Fernen Osten, diese Bahnstrecke ist eingleisig, man braucht über eine Woche, um Transportzüge nach dem Fernen Osten zu bringen.

In dieser Lage wird die Schwäche durch Illusionen verdeckt. Eine beflissene Propaganda erzählt von neuen grossartigen Erfindungen von russischen Eisenbahntechnikern. Sie sollen Eilwagen erbaut haben, die eine Geschwindigkeit von fast 500 km in der Stunde erreichen. Nun sehen die Träumer vom kommenden Kriege Sowjetrußlands im Fernen Osten bereits Panzereilwagen, gefüllt mit Soldaten und Kriegsmaterial durch die sibirische Steppe rollen, die in 10 Stunden die Strecke zwischen Moskau und Wladiwostok bewältigen. Eine phantastische Erzählung tritt an die Stelle der wirklichen Stärke. Die Aussichtslosigkeit einer kriegerischen Unternehmung wird durch Illusionen vernebelt.

So werden künftige Kriege geistig vorbereitet! Am Anfang steht die Lüge und die Illusion, dann kommt das grausame Erwachen und am Ende der materiell und moralische Zusammenbruch!

Bracht - etwas mitgenommen.

Herr Bracht, Reichskommissar für Preussen unter Papen wie unter Schleicher, dazu jetzt deutscher Reichsinnenminister, hat sich in Essen als Oberbürgermeister verabschiedet. Der Herr Reichsinnenminister hat sich bei diesem Abschied etwas einsam gefühlt. Die Stadtverordneten glänzten durch Abwesenheit, nur einige wenige Personen waren versammelt, um Herrn Bracht in Essen die letzte Ehre zu geben. Dies vollkommene Fiasko eines feierlichen Abschieds, das Herr Bracht nach achtjähriger Tätigkeit als Oberbürgermeister in Essen erlitten hat, ist ein hartes, aber gerechtes Urteil für seine Haltung als Diener der Reaktion!

Die Stimmung von Herrn Bracht soll nicht besonders gehoben gewesen sein. Die "Essener Allgemeine Zeitung" berichtet: "Man hatte den Eindruck, als sei

Herr Bracht durch seine Arbeiten in Berlin stark mitgenommen." Bracht etwas mitgenommen, das geschieht ihm recht! Sein Ruf bei der Arbeiterschaft und bei allen aufrechten Republikanern ist jedenfalls so sehr mitgenommen, dass davon nichts übrig bleibt.

Erbärmliche Hetze mit dem Unglück.

Einem Berliner Erwerbslosen ist ein furchtbares Unglück widerfahren, seine Wohnlaube brannte nieder und seine beiden kleinen Kinder kamen dabei ums Leben. Dieser traurige Unglücksfall hat dem Zentralorgan der KPD. Gelegenheit gegeben zu einer Hetze gegen - die Sozialdemokratie. Die "Rote Fahne" verbreitet eine Reportage, in der es heisst:

"Das Feuer hat alles zerstört, Anzüge, Kleider und Wäsche. Sofort stellte der Arbeiter einen Antrag bei dem sozialdemokratischen Wohlfahrtspfleger des Bezirks. Der bewilligte ihm eine Joppe, einen Rock und einen Schlüpfer für die Frau und 10 Mark Barunterstützung. "Det gebn se een, dem det ganze Haus ühern Kopf weggebrannt is, die SPD-Fritzen hier. Der Arbeiter schimpft und brummt."

Die SPD=Fritzen! Ohne die SPD=Fritzen gäbe es keine Wohlfahrt, keine Hilfe für die Armen, aber der traurigste Unglücksfall muss herhalten für die niedrigste kommunistische Hetze gegen die Sozialdemokratie!

Sie haben die Nase voll.

Die Rebellion im Hitlerlager zieht immer weitere Kreise. Immer lauter werden die Stimmen der Rebellen in der Öffentlichkeit. Eine ganze Serie ehemaliger Naziführer hat in dem deutschvölkischen Blatt von Reinhold Wulle in langen Darlegungen Abrechnung mit Hitler gehalten.

Da schreibt Joachim von Ostau-Gronau, ehemaliger Gaupropagandaleiter Westfalen-Nord: "und dann begann der völlige Zerfall aller Ideale, die uns den begeisterten Anhänger alle Kraft, Hingabe und Begeisterung gegeben hatten. Kommunistische Strassendemagogen konnten nun bei den umherziehenden nationalsozialistischen Rednern und Abgeordneten ihre wahren Meister finden."

Dr. Landeskroener-Dresden, ehemaliger SS=Führer in Sachsen: "Soviel Unzulänglichkeit habe ich noch nie auf einem Haufen zusammen gesehen. Man lebte bis dahin in einem Wahn, als ob alles nur Nebenerscheinungen seien. Jetzt wurde man hellhörig und sah mit einemmal, dass der Sumpf grösser und tiefer war als man glauben wollte."

Dr. L. F. Gengler-Nürnberg, ehemaliger Reichsredner der NSDAP.: "Ein übler Amerikanismus in Propaganda und Presse, staunenswert in seiner Flachheit, in Spekulation auf die Denkfähigkeit der Massen, soll an stelle der die Partei aus Gewissensgründen verlassenden alten Kämpfer neuen Zuwachs schaffen. Eine Parteibürokratie, besser Bonzokratie genannt, wurde zum Rückgrat der jede, wenn auch noch so gutgemeinte Kritik ablehnenden Parteileitung gemacht, nicht Tüchtigkeit und Charakter, sondern byzantinische Führeranhimmlung und brutale Beherrschung der Gefolgschaft geben bei Mandats- und Führerstellenzuteilung den Ausschlag." - Waldemar Dettloff-Leipzig, ehemaliger beauftragter Landesorganisationsleiter des nationalsozialistischen Fliegerkorps, Sachseingauführer des NDLF. Parteiorganisationsleiter: "Personliche Eriebnisse mit Führerscharlatanen, unglaubliche Korruption und Skrupellosigkeit liessen in mir schon längst den Plan reifen, der NSDAP den Rücken zu kehren. Nun ist es vollbracht. Nationalsozialistische Bonzenverschlagenheit ist skrupellos genug, ehrlich kämpfenden SA-Leuten das letzte Geld aus der Tasche zu ziehen."

Es kraecht an allen Ecken und Enden und die Zahl derer, die mit einem Fluch und mit einem Steinwurf die Bewegung des Herrn Hitler verlassen, wächst täglich.

Aus aller Welt

Künstliche Radiumstrahlen!

Spannungen von 15 Millionen Volt. — Die "Atomzertrümmerer" Brasch und Lange, —
Wird der Krebs heilbar sein?

SPD. Atomzertrümmerung ohne Anwendung von Radium ist das Ziel der Physiker aller Länder. Das Element Radium selbst ist auf künstlichem Wege nicht herstellbar, wohl aber kann man die Wirkungen der vom Radium ausgesandten Strahlenarten auf künstlichem Wege dadurch erreichen, dass man negative oder positive Ladungsträger in Vakuumentladungsröhren so beschleunigt, dass sie den Strahlenarten des Radiums entsprechen. Legt man an ein solches Rohr 10 bis 12 Millionen Volt und sorgt dafür, dass eine gewisse Heliummenge in dem Rohr enthalten ist, dann kann man künstlich Alpha-Strahlen, wie sie vom Radium her bekannt sind, erzeugen.

Ein solches Strahlenbündel von nur 1 mA Stromstärke wäre schon der Alphastrahlung von 100 kg Radium gleichzusetzen. Neben den Alpha-Strahlen (Heliumteilchen) sendet Radium noch Beta- und Gamma-Strahlen aus. Für ihre künstliche Erzeugung liegen die Verhältnisse weit günstiger als bei den Alpha-Strahlen, denn schon bei einer Spannung von 500 000 Volt werden die grössten Geschwindigkeiten, die bei den Beta-Strahlen des Radiums bekannt sind, erreicht; und bei 2,7 Millionen Volt gilt das gleiche für die Gamma-Strahlen. Im Laboratorium der Transformatorfabrik in Oberschöneweide bei Berlin hat die AEG den deutschen Forschern Dr. Brasch und Lange ihre Hochspannungsgeschäft zur Verfügung gestellt, die vorläufig bis zu Spannungen von 2,4 Millionen reicht und bis 7 bzw. 10 Millionen Volt ausgebaut werden soll. Da hohe und höchste Spannungen den Angelpunkt bei Experimenten dieser Art bilden, sind die beiden deutschen Forscher zur Zeit durch die Beherrschung der höchsten Spannungsbereiche allen anderen Physikern der Welt mit den Möglichkeiten wirksamer Atomzertrümmerungen weit voraus.

Die englischen Physiker Cockcroft und Walton, denen im Cavendish-Laboratorium zu Cambridge vor Brasch und Lange die Zertrümmerung einer Anzahl von Elementen mit schnellen Protonen gelang, haben mit 125 000 Volt gearbeitet während Brasch und Lange es neuerdings gelungen ist, neben den leichtatomigen Elementen wie Lithium, Beryllium, Bor, Natrium und Aluminium auch ein sehr hochatomiges Element, nämlich Blei, mit verhältnismässig grosser Ausbeute zu zertrümmern.

Mit der Herstellung dieser künstlichen Radiumstrahlen wird die Medizin eine neue, ausserordentliche starke Waffe im Kampf gegen verheerende Krankheiten erhalten, wenn sie die Waffe zu beherrschen gelernt hat. Die von Brasch und Lange konstruierte Röhre für die höchsten Spannungen liefert eine Strahlung, die mit der Strahlung identisch ist, die durch Röntgenstrahlen im Organismus erst zur Geltung kommt. Treffen nämlich Röntgenstrahlen auf Gewebe, dann entstehen dort bewegte elektrische Teilchen, Elektronen, also Betastrahlen. Hier aber werden diese Elektronen schon unmittelbar in den Organismus eingeschlossen.

Ganz ungeheuer gross ist der Unterschied in Wirksamkeit und Reichweite gegenüber Beta- und Röntgenstrahlen. Die Kathodenstrahlung einer Röhre von 150 000 Volt geht nur 10 mm tief in das Gewebe, während man mit der Spannung

von 2,4 Millionen Volt eine biologische Tiefenwirkung bis zu 6,3 mm bereits gemessen hat. Man hat daher versucht, zuerst die mit Hilfe der Stossepparatur erzeugten schnellen Kathodenstrahlen für Heilzwecke nutzbar zu machen, selbst auf die Gefahr hin, die Atomzertrümmerungsversuche etwas dagegen zurückzustellen.

Professor Halberstätter vom Berliner Universitätsinstitut für Krebsforschung und Dr. Stephan Beck haben eine Reihe von Versuchen an Bakterien, an Blut, an tierischer Haut und an tierischen Krebsgeschwülsten vorgenommen, die alle zunächst das Ziel hatten, den Weg zu einer richtigen Dosierung zu weisen. Es gelang beispielsweise bei 2,4 Millionen Volt und voller Intensität, Bakterien durch einen Stoss, also in einer tausendstel Sekunde, völlig in ihrer Entwicklung zu hemmen und bei 4-6 Stössen vollkommen abzutöten. Ähnlich wirksam ist die Strahlung gegenüber dem Blutfarbstoff, dem Hämoglobin, das sich sofort in das für die Atmungsfunktion ungeeignete Methämoglobin umwandelt. Gleiche Wirkungen könnte man mit Radiumbestrahlung in normaler Dosis erzielen, wenn man diese auf einen halben oder dreiviertel Tag ausdehnt.

Es war nebeliegend, die Strahlen auch bei Krebsgeschwülsten zu erproben, selbstverständlich im Tierversuch, und es gelang, kleine beginnende Krebsgeschwülste an Mäusen zur Heilung zu bringen. Um auch tiefliegende Geschwülste zu erreichen, will man mit einer Kanüle, wie man sie auch von der Radiumanwendung her kennt, gegen diese vorgehen. Solche Kanüle müsste selbstverständlich bei jeder Bestrahlung neu eingeführt werden, weil ja nur eine ganz kurze Einwirkung der Strahlung denkbar ist.

Jedenfalls beweisen diese Versuche, dass wir in dieser durchdringenden Kathodenstrahlen ein Mittel besitzen, das in kürzester Zeit stark wirksam ist. Es sei aber ausdrücklich darauf hingewiesen, dass gerade wegen dieser starken Wirksamkeit eine Erprobung am Menschen überhaupt nicht vorgenommen werden konnte, so dass mindestens noch ein Jahr ruhiger Forschungsarbeit notwendig wird, um beurteilen zu können, ob und wie eine Anwendung möglich ist, und dass etwa weitere 5 Jahre Beobachtungszeit erforderlich sein werden, um festzustellen, ob eine Heilung eingetreten ist.

Alle diese Einschränkungen, die der ernste und vorsichtige Forscher macht und machen muss, um nicht zu enttäuschen, sinnen aber den wissenschaftlichen Erfolg, der in den bereits festgestellten Tatsachen liegt, keineswegs schmälern, sie sollen nur Ungeduld und Unverständnis die nötige Bremse anlegen.

- RST -

Gattenmord! Beamte der Berliner Kriminalpolizei verhafteten in Berlin O. die 26jährige Ehefrau Klara Waldhelm. Sie hat Anfang Dezember ihren Ehemann, den um ein Jahr älteren Telegrafenerbeiter Wilhelm Waldhelm, mit Leuchtgas vergiftet.

Die Täterin gibt an, dass Verzweiflung über die Trunksucht des Mannes das Verbrechen ausgelöst habe. Es steht fest, dass Waldhelm alles Geld, das er in die Hand bekam, vertrank und so seiner Ehefrau und ihrer fünfjährigen Tochter ein qualvolles, oft von Streit erfülltes Dasein bereitete. Auch am Mordtage war es zu Streitereien gekommen. Als Waldhelm schliesslich sinnlos betrunken auf sein Bett gefallen und eingeschlafen war, öffnete die Ehefrau den Gashahn, warf nach und nach zehn Zehnpfennigstücke in den Automaten, verschloss die Wohnungstür und übernachtete mit ihrem Kind bei ihrer Mutter. Am folgenden Tage suchte Frau Waldhelm wieder ihre Wohnung auf, kam aber nach wenigen Minuten wieder heraus, rief um Hilfe und erzählte den herbeigeeilten Nachbarn, dass ihr Mann das Opfer eines Unglücksfalls geworden sei.

Als aber für den Hergang des Unglücks keine rechte Erklärung gefunden werden konnte, wurde die Angelegenheit der Mordinspektion übergeben. Der Verdacht wurde durch das Geständnis der Täterin bestätigt.

+ + +
Devisenamnestie. Das Schöffengericht Berlin-Mitte hat das Verfahren gegen einen der Devisenschiebung beschuldigten Berliner Kaufmann eingestellt. Das Gericht ist der Meinung, dass das zur Verhandlung stehende Vergehen unter die Amnestie falle. Das Gericht steht damit im Gegensatz zum Reichsbankpräsidenten Dr. Luther, der vor Erlass der Amnestieverordnung die Reichsregierung ersuchte, Vergehen gegen die Devisenbestimmungen auch weiterhin ahnden zu lassen.

+ + +
Grubenunglück. In einer Schachtanlage des ungarischen Steinkohlengebietes Fünfkirchen wurden 13 Bergarbeiter durch Schlagwetterexplosion getötet.

+ + +
Schiffskatastrophe. In der Nähe von Napier (Neuseeland) wurde ein mit 30 Hafenarbeitern besetztes Fährboot durch Kollision mit einem kleinen Dampfer leck und sank nach wenigen Minuten. Zehn Arbeiter ertranken.

+ + +
Raubmord. In Appelhülsen (Münsterland) drangen drei maskierte Banditen in das Wohnhaus des Gutsbesitzers Schulze-Wenning ein, erschossen ihn und flüchteten unter Mitnahme von zwei Damenhandtaschen mit nur geringwertigem Inhalt. Die Frau des Getöteten war Zeuge der Mordtat. Sie hat einen Nerven zusammenbruch erlitten.

+ + +
Hochzeitsflug in den Tod. In der Nähe von Barcelona stieß ein französisches Verkehrsflugzeug im Nebel gegen eine Bergwand und wurde zertrümmert. An Bord war ein Hochzeitspaar; die junge Ehefrau wurde getötet, der Mann lebensgefährlich verletzt. Auch der Pilot der Maschine kam ums Leben.

+ + +
Knabenmord. In einem Park in Kottbus wurde, unter Laubwerk und Aesten versteckt, die durch Witterungseinflüsse und Tierfress grauenvoll zugerichtete Leiche des seit dem 10. November dieses Jahres vermissten 6 Jahre alten Helmut Kaina gefunden. Die Obduktion ergab, dass das Kind anscheinend einem Sittlichkeitsverbrecher zum Opfer gefallen ist. Der Tod des Knaben scheint durch wuchtige Schläge auf den Kopf herbeigeführt worden zu sein.

+ + +
Rückzug. Die Direktion des Deutschen Theaters in Berlin hat auf die weiteren Aufführungen des Stückes "Gott, Kaiser und Bauer" von Julius Hay nach Rücksprache mit dem Berliner Polizeivizepräsidenten Dr. Mosle verzichtet; das Theater bleibt vorläufig geschlossen. - Die Direktion des Deutschen Theaters fürchtete neue Störungsversuche. Die Anwesenheit eines polizeilichen Ueberfallkommandos schien ihr einen ruhigen Verlauf weiterer Aufführungen des Hay'schen Stückes nicht zu gewährleisten. Nach Mitteilung von Direktor Karl-Heinz Martin (dem vorjährigen Leiter der Berliner Volksbühne) gehörten die Ruhestörer der vergangenen Abende fast sämtlich katholischen Organisationen an. Sie fühlten sich durch das historische Stück weltanschaulich provoziert. Ebenso fordert das Berliner Zentrumsorgan die Absetzung des Stückes, durch das nach seiner - sachlich nicht gerechtfertigten - Meinung "mit den Mitteln der Geschichtsfälschung und der übelsten politischen Tendenz- und Verhetzungsdramatik die Institution der Kirche und ihres Oberhauptes, ja, der Name Gottes selbst, in eine Debatte gezerzt wurde, wie wir in aller Konsequenz beenden wissen wollen." Auch Rechtsblätter wandten sich in heftigen Tönen gegen das nicht gerade sehr fürstenfreundliche Stück.



Kalte Autarkie.

Handelspolitik in Kommissstiefeln.

SPD. Die von der Regierung des "sozialen Generals" verfügte Einfuhrkontingentierung für Papierholz und Schmalz hat die betroffenen Länder, vor allem Dänemark und Holland, gute Käufer deutscher Industriewaren, stark verstimmt und vor den Kopf gestossen. Wir werden die Folgen bald merken. Unser Export wird unter solchen Massnahmen aufs Neue leiden. Die Arbeitsmöglichkeiten werden dadurch immer mehr eingeschränkt.

Aber das ist alles nur der Auftakt. Es sind leider noch weitere Einfuhrerschwerungen, die noch schlimmere Wirkungen haben müssen, zu befürchten. In den nächsten Wochen sollen wichtige Handelsverträge "erneuert" werden. Ende des Jahres läuft das deutsch-niederländische Handelsabkommen, am 15. Februar der handelspolitisch bedeutende deutsch-schwedische Handelsvertrag und am 15. März das Handelsabkommen mit Jugoslawien ab. Nachdem der Papenstreich, allgemeine Agrarkontingente durchzuführen, kläglich scheiterte und schon die Ankündigung dieser Pläne und die wenig ruhmvolle Rundreise der Tomatenkommission der deutschen Wirtschaft und der deutschen Ausfuhrindustrie schwersten Schaden zufügten, soll jetzt das Autarkie-Ziel des Landbundes auf dem Wege der Zollerhöhungen anlässlich der Vertragserneuerung erreicht werden. In dem deutsch-niederländischen Handelsabkommen sind für die wichtigsten Küchengewächse und Gartenbauerzeugnisse (Tomaten, Frühgemüse, Frühkartoffeln usw.) die Zollsätze vertraglich festgelegt, im deutsch-schwedischen Handelsvertrag die vertraglichen Zollbindungen für Vieh, Fleisch, Fleischwaren usw., im Vertrage mit Jugoslawien für Federvieh, Eier, getrocknete Pflaumen usw..

Die Absicht der Reichsregierung geht nun offenbar dahin, auch noch die geringer und vielfach für die Versorgung der Bevölkerung unentbehrlichen ausländischen Zuschussimporte durch Zollaufstockungen unmöglich zu machen oder wenigstens wesentlich abzdrosseln.

Der Reichskanzlergeneral hat zwar, nach seinen Worten, eingesehen, dass man auf Bajonetten allein keine Macht halten und keine Regierung führen kann; er hat uns ferner versichert, dass er nicht beabsichtige, in der Aussenpolitik mit Kommissstiefeln aufzutreten. Nun, um in der heute so gangbaren militärischen Ausdrucksweise zu verbleiben, mit aufgepflanzten Zoll- und Kontingentsbajonetten kann man vielleicht eine Weile die ohnehin bereits sehr zusammengeschrunpften "feindlichen" Zuschusslieferungen fernhalten, aber in kurzer Zeit werden die Stacheldrahtverhaue unserer Kundenländer für zahllose bisherige deutsche Industriewarenlieferungen undurchdringlich sein. Kein Arbeitsbeschaffungskommissar, mag er auch noch so tüchtig sein, wird den aus den Ausfuhrindustrien verdrängten Arbeitern und Angestellten neue Arbeitsstellen geben können.

Auch für die Handelspolitik sind Militärstiefel nicht das richtige Verhandlungsinstrument. Der deutschen Volkswirtschaft würde ein nicht mehr gutzumachender Schaden zugefügt werden, wenn man die Erneuerungsverhandlungen mit unseren besten Kundenländern nicht mit stärkster Rücksichtnahme auf ihre

lebenswichtige Interessen führt. Es wäre unverantwortlich, wenn die Schleicherregierung aus weiterer Nachgebigkeit gegenüber den demagogischen Forderungen des Landbundes, die der Landwirtschaft keinerlei wirksame und dauernde Hilfe bringen können, dem deutschen Export weitere Verluste zufügt oder gar Zollkriege mit dem Ausland heraufbeschwört.

Dabei ist noch eins zu berücksichtigen. Die Vorbereitungen für die Weltwirtschaftskonferenz sind im Gange. In kurzer Zeit soll sie ihre Beratungen beginnen, in deren Mittelpunkt der Abbau der Handelshemmnisse und die zollpolitische Abrüstung stehen muss. Wenn Deutschland jetzt seine Abrosselungspolitik rücksichtslos fortsetzt, so wird den engstirnigen protektionistischen Interessen anderer Länder Vorschub geleistet und damit die Liquidierung der unseligen Blockade des internationalen Handels, an deren Fall wir am allerstärksten interessiert sind, äusserst erschwert.

SPD. Die Reichsregierung hat mitgeteilt, dass infolge des Butterbeimischungszwangs der Margarinepreis nicht steigen werde. Wir haben diese Versprechungen von Anfang an als lächerlich bezeichnet. Immerhin musste man annehmen, dass die Erklärung der Regierung auf Grund gewisser Abmachungen zwischen ihr und der Margarineindustrie erfolgt ist.

Das ist keineswegs der Fall. Die Margarineindustrie ist, wie uns aus Fachkreisen mitgeteilt wird, der Auffassung, "dass man derartige Märchen nur sechsjährigen Kindern erzählen könne." Eine Preissteigerung sei, falls der Beimischungszwang in Kraft tritt, gar nicht zu vermeiden. Heute zahle die Margarineindustrie für ihre Rohstoffe, je nach Qualität, 34 bis 60 Pfennig pro Kilogramm. Wenn man die Margarineindustrie jetzt zwingt, die teure Butter (2 Mark pro Kilogramm) zu verwenden, erhöhe sich der Rohstoffpreis für einen Teil der verwendeten Mengen um das drei- und mehrfache. Nimmt man an, dass die Margarineindustrie 20 000 Tonnen Butter beizumengen hat, dann bedeutet das eine Belastung pro Jahr von 40 bis 50 Millionen Mark. Diese Summe könnte durch Fortfall anderer Rohstoffe höchstens auf 30 bis 40 Millionen Mark pro Jahr ermässigt werden. Die verbleibende Belastung müsse im Margarinepreis zum Ausdruck kommen; schon deshalb, weil mit der Beimischung von Butter zur Margarine die indirekten Kosten, z.B. Schmelzkosten, steigen.

Im übrigen verweist die Margarineindustrie nachdrücklich darauf, dass die Qualität der Margarine durch die notwendig werdende Lagerung usw. sich unbedingt verschlechtern muss. Die Darstellung der Regierung, man könne eine solche Verschlechterung durch Benzoesäure verhindern, treffe nicht zu. Erfahrungen in Holland z.B. hätten das in letzter Zeit eindeutig bewiesen. Benzoesäure versage vor allem bei einer Vermengung mit Kühlhaus- und Bauernbutter. Die besondere Qualität dieser Buttersorten (viel Unreinigkeiten) steigere die Gefahr des Verderbens.

SPD. Am Donnerstag ergab sich in Berlin bei der Feststellung der Butternotierung eine grosse Ueberraschung. Die Notierungskommission bezeichnete die Tendenz als flau und setzte den Butterpreis um 8 Mark pro Zentner herab. Die Notierungen stellen sich damit für I. Qualität auf 95 Mark, für II. auf 88 und für abfallende Ware auf 79 Mark, immer pro Zentner.

Der Markt nimmt nach Weihnachten immer weniger Butter auf. Das wird jetzt, in der Krise, mehr als früher der Fall sein. Andererseits muss die Veröffentlichung über den Butterbeimischungszwang, die am Mittwoch erfolgte, günstig auf die Entwicklung der Butterpreise nach oben gewirkt haben. Des-

halb hat man doch den ganzen Schwindel mit der Schleicher-Margarine ins Werk gesetzt. Wenn der Butterpreis trotzdem um 8 Mark gestürzt ist, scheint es bei der Festsetzung der Butternotierung am Donnerstag nicht mit rechten Dingen zugegangen zu sein. Diese Auffassung wird gestützt durch ein Telegramm, das der Reichslandbund noch am Donnerstag Nachmittag an den Reichskanzler von Schleicher gerichtet hat, in ihm wird u.a. die Forderung nach einer völligen Buttereinfuhrsperrre aufgestellt, die handelspolitisch unmöglich ist. Die Führung des Reichslandbundes, von der man allerdings in Fachkreisen nicht viel hält, wird auch hoffentlich von der Butterwirtschaft so viel verstehen, um zu wissen, dass durch Verwirklichung der von ihr geforderten Massnahmen die Butterpreise nicht gebessert werden können. Anscheinend will der Reichslandbund auch nun die Reichsregierung unter Druck setzen, um in der Frage des Butterbeimischungszwangs, der Margarinekontingentierung usw. seine Forderungen möglichst schnell zu verwirklichen. Gerade in letzter Zeit sollen sich die Schwierigkeiten besonders auf dem Gebiet der Kontingentierung gesteigert haben. Auch scheint dem Reichslandbund viel daran gelegen zu sein, den Beimischungszwang unverzüglich in Kraft zu setzen. In den grossen Kühhäusern der Grosstädte lagert sehr viel Butter, die ranzig und dem völligen Verderben nahe ist. Die Interessenten wollen diese Butter möglichst schnell an die Margarineindustrie abstossen. In Berlin schätzt man die lagernde Butter auf 12 000 Zentner. Das wäre der Umsatz in einer Woche. Jedoch soll die in Berlin lagernde Butter stark "angegriffen" sein.

SPD. Das deutsch-französische Zusatzabkommen zum Handelsvertrag von 1927, das am Donnerstag im Wortlaut veröffentlicht worden ist, tritt am 1. Februar 1933 in Kraft. Der Vertrag sieht die Aufrechterhaltung der Meistbegünstigung vor, nur für einzelne unwichtige Positionen, die Deutschlands Exportinteressen nicht berühren, wird die Meistbegünstigung aufgehoben. Die Meistbegünstigungsklausel soll im übrigen nur dann fortfallen, wenn in einem der beiden Länder eine Währungsverschlechterung von mehr als 10% eintritt.

Der Kern des Abkommens bildet Artikel 5, in dem die Lösungen bzw. Lockerungen der Tarifbindungen enthalten sind. Zunächst bleiben die Tarifbindungen unverändert bestehen. Ab 1. Februar 1933 kann aber jedes der beiden Länder die Tarifbindungen einzeln mit 14tägiger Frist kündigen. Ueber Gegenmassnahmen des Vertragspartners will man sich dann sofort verständigen. Die französischen Kontingente werden aufrecht erhalten, aber man "hofft" auf deutscher Seite, dass Frankreich bei etwaigen Zollerhöhungen, nach Lösung der Tarifbindungen, die Kontingente mildert.

Das Abkommen über den Devisen- und Reiseverkehr sieht eine Regelung vor, wie sie bereits im Verkehr mit Schweden und Italien und letzthin auch mit der Schweiz eingeführt worden ist. Der Höchstbetrag für deutsche Reisende wird von 200 auf 700 Mark erhöht.

Wenn auch der deutsch-französische Handelsvertrag als solcher enthalten und auch die Meistbegünstigung in Kraft bleibt, darf man sich nicht darüber täuschen, dass der Vertrag ein Kind des Protektionismus ist. Beide Länder haben für zahlreiche Tarife ihre zollpolitische Handlungsfreiheit durch die vereinbarte kurzfristige Kündigung wiedererlangt. Weder Frankreich noch Deutschland werden diese Handlungsfreiheit aber im Sinne einer internationalen Arbeitsteilung einsetzen, sondern werden diese beiden nur dazu benutzen, um den Protektionismus durch Zollerhöhungen zu stärken. So gesehen ist das deutsch-französische Handelsabkommen ein neues Hindernis für die Befreiung der internationalen Handelspolitik aus ihrer Zollverkrampfung und eine Hemmung für die Wirtschaftsbesserung.

SPD. In einem vorläufigen Jahresrückblick gibt die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft ihre Einnahmen für das Jahr 1932 mit 2 850 Millionen Mark an. Gegenüber dem Jahre 1929, dem Höchststand der Einnahmen, ist damit ein Rückgang von 47 % eingetreten. Gegenüber dem Vorjahr verringerten sich die Einnahmen um 26 %. An dem Ausfall ist besonders der Güterverkehr beteiligt. Andererseits gelang es der Reichsbahn-Gesellschaft, die Ausgaben stark zu drücken und zwar um 1 500 Millionen Mark auf 3 000 Millionen Mark. Die Ausgabensenkung beträgt gegenüber dem Jahre 1929 rund 33 %. Bei dieser Rechnung wird berücksichtigt, dass die Reichsbahn im laufenden Jahre aufgrund des Lausanner Abkommens anstatt 660 Millionen Mark nur 70 Millionen Mark an Reparationslasten zu tragen hat. Der Fehlbetrag für 1932 soll durch Heranziehung buchmässiger Rücklagen ausgeglichen werden. In ihrem Ausblick auf das Jahr 1933 weist das Unternehmen darauf hin, dass man hoffe, mit der Wirtschaftsbesserung auch eine Besserung der finanziellen Ergebnisse der Reichsbahn zu erzielen.

SPD. Die Berliner Verkehrsgesellschaft, deren Aktien sich im Besitz der Stadt Berlin befinden, weist seit 1929 einen Verkehrsrückgang um 35 % auf. Gegenüber dem Oktober 1931 war im Oktober 1932 bei der Strassenbahn ein Ausfall von 42 000, beim Autobus von 102 000 und bei der U-Bahn ein Ausfall von 81 000 Fahrgästen zu verzeichnen. Binnen Jahresfrist ist also ein Verkehrsrückgang von beinahe 10 % eingetreten. Natürlich wirkt die Wirtschaftskrise mit ihrer fürchterlichen Arbeitslosigkeit dabei mit. Andererseits kann man die von der Berliner Verkehrsgesellschaft betriebene Politik nicht davon freisprechen, die Krisenwirkungen verstärkt zu haben. Das städtische Unternehmen hat sich auf einer sinnlosen Drosselung festgelegt, die früher oder später zu einer Fahrpreissteigerung führen muss, anstatt durch eine angebrachte Verbilligung - die Berliner Fahrpreise betragen ein Mehrfaches der Friedenspreise - den Verkehr zu beleben. Dort, wo man sich zu einer Verbilligung entschlossen hat (Sammelkarten usw.), kann man gute Erfolge verzeichnen. Das aber hält die gegenwärtige Leitung der Berliner Verkehrsgesellschaft nicht davon ab, ihre Drosselungspolitik weiter zu treiben, die sich nur schädlich auf die Unternehmen auswirken muss, das einmal, unter sozialdemokratischem Einfluss, als Musterbetrieb angesprochen werden musste.

SPD. Die Ehape, das Einheitspreisgeschäftsunternehmen des Tietzkonzerne in Köln, weist für das verflossene Jahr einen Umsatz von fast 69 Millionen Mark aus gegenüber 71 Millionen im Vorjahr. Mengenmässig ist eine Steigerung des Umsatzes eingetreten. Das Unternehmen verfügt über 71 Hauptbetriebe und 49 Kleinfiliälen. Es hat bewusst, wie im Geschäftsbericht betont wird, die naheliegende Erweiterung vermieden. Die Dividende beträgt für das verflossene Jahr sechs Prozent. Ausserdem werden 250 Millionen Mark einer besonderen Reserve überwiesen.

Amtliche Kartoffelnotierungen.

SPD. Amtliche Berliner Kartoffelpreisnotierung am 29. Dez. je Zentner waggonfrei märkischer Station: Weisse Kartoffeln 1.15-1.25, Rote Kartoffeln 1.30 bis 1.40, Odenwälder Blaue 1.20 B 1.30, andere Gelbfleischige 1.45-1.50 RM. Fabrikkartoffeln 8 Rpf pro Stärkeprozent frei Fabrik.

Monopolhausse.

(Berliner Getreidebörse vom 29. Dez.)

SPD. Auf dem Lieferungsmarkt konnten sich die Notierungen für Weizen um 1 Mark steigern. Die Roggennotierungen für Dezember und März zogen ebenfalls um 1 Mark an, dagegen konnte die Mainotierung nur 0,50 Mark gewinnen. Die Bewegung geht auf die Monopolisierung der Futterreichseinfuhr zurück, die am Mittwoch von der Regierung zugleich mit dem Butterbeimischungszwang angekündigt wurde und die die Viehhalter in Zukunft zwingt, mehr als bisher die teuren inländischen Futtermittel zu kaufen. Zu den höheren Preisen waren fast ausschliesslich die Stützungsstellenkäufer. In privaten Kreisen bestand Nachfrage nach Roggen, weil sich das Roggengeschäft etwas belebte.

	28.12.	29.12.
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	186 - 188	187 - 189
Roggen	153 - 155	154 - 156
Braugerste	166 - 175	165 - 175
Futter- und Industrierogerste	158 - 164	158 - 164
Hafer	114 - 119	114 - 119
Weizenmehl	23,25-26,25	23,25-26,25
Roggenmehl	19,25-21,50	19,40-21,60
Weizenkleie	8,80- 9,20	8,80- 9,20
Roggenkleie	8,70- 9,00	8,70- 9,00

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Dez. 200--200 (Vortag 199), März 204½-204½ (203½), Mai 207½-207½ (206½). Roggen Dezember 165½-165 (164½), März 167-167 (166), Mai 169½-169½ (168½). Hafer März 126-126½ Geld (-), Mai 128-128 (125½).

SPD. Der Zentralverband Deutscher Konsumvereine gibt seinen Gesamtumsatz für den Monat November mit 43,50 Millionen an gegenüber 46,54 Millionen Mark im Vormonat. Der Umsatz pro Mitglied ist danach von 22,12 Mark im Monat Oktober auf 20,65 Mark im Monat November gefallen. Die Zahl der Mitglieder selbst verminderte sich von 2,104 Millionen auf 2,096 Millionen. Da der Monat November einen Kalendertag weniger zählt als der Vormonat und im Monat November in Rücksicht auf das bevorstehende Weihnachtsgeschäft eine allgemeine Zurückhaltung der Käufer eintritt, kann mit einem Ansteigen des Durchschnittsumsatzes je Mitglied im Monat Dezember gerechnet werden.

Für die einzelnen Revisionsverbände ergeben sich folgende Feststellungen: Bayern Gesamtumsatz 3,399 Millionen Mark, Umsatz pro Mitglied 20,64 Mark, Mitteleuropa Gesamtumsatz 2,465 Millionen Mark, Umsatz pro Mitglied 20,74 Mark, Nordwestdeutschland 8,008 Millionen Mark, Umsatz pro Mitglied 20,12 Mark, Ostdeutschland 4,548 Millionen Mark, Umsatz pro Mitglied 17,12 Mark, Rheinland-Westfalen 6,288 Millionen Mark, Umsatz pro Mitglied 20,73 Mark, Sachsen 7,896 Millionen Mark, Umsatz pro Mitglied 26,14 Mark, Schlesien Gesamtumsatz 910 000 Mark, Umsatz pro Mitglied 16,56 Mark, Südwestdeutschland 4,166 Millionen Mark, Umsatz pro Mitglied 17,96 Mark, Thüringen Gesamtumsatz 2,834 Millionen Mark, Umsatz pro Mitglied 22,39 Mark und Württemberg Gesamtumsatz 2,921 Millionen Mark, Umsatz pro Mitglied 22,86 Mark.

Gegenüber dem Monat November 1931 hat sich der Gesamtumsatz von 58,24 Millionen Mark auf 43,50 Millionen Mark verringert. Die Senkung von 25,3% ist geringer als in den sechs vorgegangenen Monaten, in denen sie zwischen 26 und 32% schwankte. Es lässt sich also bei den Konsumgenossenschaften eine wesentliche Entspannung nicht verkennen.



Reichsbahn und Arbeitszeit.

----- Die Politik der Unbelehrbaren.

SPD. Die Zeit ist reif für einen entscheidenden Schritt im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit: die Arbeitszeit muss verkürzt werden. Lange Zeit schien die Forderung der Gewerkschaften auf allgemeine Arbeitszeitverkürzung eine Utopie zu sein. Inzwischen ist aus so manchem Saulus ein Paulus geworden, und die ganze Welt sieht mit Spannung der Vorkonferenz zur Klärung des Arbeitszeitproblems entgegen, die im Januar in Genf zusammentreten wird. Die Haltung der deutschen Regierung auf dieser Konferenz wäre wahrscheinlich entschlossener, ja in Deutschland wäre man in der Arbeitszeitfrage sicherlich schon längst ein gut Stück weiter, wenn nicht der grösste Arbeitgeber, die Deutsche Reichsbahngesellschaft, sich gegenüber allen Argumenten der Gewerkschaften als absolut unbelehrbar gezeigt hätte.

Der Arbeitszeitskandal bei der Reichsbahn wird immer unerträglicher. Auch bei der Regierung hat man erkannt, dass es ohne Arbeitszeitverkürzung nicht geht. Wohl halten die massgebenden Stellen des Reichsarbeitsministeriums noch immer nur eine internationale Arbeitszeitverkürzung für einen gangbaren Weg, aber immerhin sehen doch wenigstens auch sie, dass der Weg zur 40-Stundenwoche beschritten werden muss. Die Reichsbahn aber bleibt bockbeinig, obwohl bei ihr schon durch Herabsetzung der unverantwortlich langen Arbeitszeit, die im Betriebsdienst für etwa 360 000 Menschen immer noch 54 bis 57 Stunden (mit Schichtzeiten von 72 bis 93 Stunden) in der Woche beträgt, auf 48 Stunden mit sehr geringen Mehrkosten sofort etwa 30 000 Arbeiter mehr beschäftigt werden könnten.

Für die Herabsetzung der Arbeitszeit bei der Reichsbahn haben sich auch zahlreiche Arbeitsgerichtsbehörden ausgesprochen. Sie haben sich zum Teil auf den Standpunkt gestellt, dass die Massenentlassungen nicht durch die Verhältnisse der Reichsbahngesellschaft bedingt sind, und durch Kurzarbeit vermieden werden können. Ein anderer Teil hat in seinen Entscheidungen - so z. B. das Landesarbeitsgericht Darmstadt durch Urteil vom 17. Dezember des Jahres - zum Ausdruck gebracht, es müsse dafür gesorgt werden, "dass sich auch die Reichsbahn und gerade die Reichsbahn, die als öffentliches Unternehmen sozialpolitisch vorbildlich sein soll, in das auf Entlastung des Arbeitsmarkts gerichtete sozialpolitische Programm eingliedert". Die Hauptverwaltung der Reichsbahn hat jedoch bisher allen noch so wohlgemeinten Ratschlägen und auch der oft sehr scharfen Kritik der Arbeitsgerichtsbehörden wie der Oeffentlichkeit zum Trotz an ihrem ablehnenden Standpunkt stur festgehalten. Die Reichsbahngesellschaft lässt jede soziale Einstellung vermissen und sucht ihre Haltung, die sich mit sachlichen Gründen nicht rechtfertigen lässt, mit allerhand Scheingründen und absolut unhaltbaren Behauptungen zu rechtfertigen.

Wer die Arbeitslosigkeit in Deutschland ernsthaft bekämpfen will, kann an dem Arbeitszeitskandal bei der Reichsbahn nicht achtlos vorübergehen. Es wird sich daher bald zeigen müssen, ob der "soziale General" und sein Kabinett den Mut aufbringen, sich gegen den sachlich unbegründeten Widerstand und die sozial- wie staatspolitisch unerträgliche Halsstarrigkeit der verant-

wortlichen Stellen der Reichsbahn in der Arbeitszeitfrage durchsetzen.

Der Generaldirektor der Deutschen Reichsbahngesellschaft Dr. Dorpmüller steht in der vom Internationalen Arbeitsamt geführten Kampagne für internationale Arbeitsbeschaffung an führender Stelle. Die Frage der internationalen öffentlichen Arbeiten ist gewiss nicht dasselbe wie die Arbeitszeitfrage, aber Arbeitszeitverkürzung ist auch Arbeitsbeschaffung. Jedenfalls macht es einen merkwürdigen Eindruck, wenn ein Unternehmen, an dessen Spitze ein Mann wie Dr. Dorpmüller steht, dem man doch nicht für nichts die Ehre anvertraut hat, nicht eine Spur von Verständnis für die Bedeutung der Arbeitszeitverkürzung im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit erkennen lässt. Muss in Genf erst das Ausland dem Generaldirektor der Reichsbahn sagen, dass das grösste Unternehmen der Welt bei der Entlastung des Arbeitsmarktes mit gutem Beispiel voranzugehen hat?

SPD. Die Krise auf dem Arbeitsmarkt drängt mit elementarer Gewalt zu einer internationalen Arbeitszeitverkürzung. Manche Unternehmergruppen haben davon aber noch immer nichts bemerkt. Sie stellen nach wie vor Forderungen, als ob sie auf dem Monde lebten. So fordern die Unternehmer der Flaschenindustrie die Wiedereinführung der Sonntagsarbeit.

In der Tschechoslowakei sind die Versuche, die Sonntagsarbeit in den Flaschenhütten einzuführen, von den Glasarbeiterverbänden im Keim erstickt worden. In Deutschland ist das Reichsarbeitsministerium bis jetzt noch nicht dazu gekommen, die Anträge der Flaschenindustriellen auf Aufhebung des die Sonntagsarbeit in den Glashütten regelnden Paragraphen der Gewerbeordnung abzulehnen. Kein Wunder, wenn die Unternehmer der Flaschenindustrie nun auch die Öffentlichkeit für ihre Bestrebungen mobil zu machen versuchen. Sie stellen die Dinge so hin, als könnten bei der Einführung der Sonntagsarbeit in den Flaschenhütten mehr Arbeitskräfte beschäftigt werden. Davon kann in Wirklichkeit keine Rede sein. Die Flaschenindustrie in Europa ist kartelliert und ihre Produktion ist kontingentiert. Die aufgestellten Maschinen können schon bei den gegenwärtigen Quoten nicht voll ausgenützt werden. Würde nun auch noch die Sonntagsarbeit eingeführt, so würde die Jahresquote eben früher fertig und eine mehrwöchige Produktionspause müsste dann eintreten. Eine Entlastung des Arbeitsmarktes kann also auf diese Weise nicht herbeigeführt werden.

Die Mechanisierung in der Flaschenindustrie ist so stark, dass 828 Arbeiter an den 69 aufgestellten vollautomatischen Owens-Maschinen in drei Schichten und bei Sonntagsruhe 645 840 000 Flaschen im Jahr herstellen können, wenn der Absatz dementsprechend hoch ist. Der Absatz ist jedoch stark zurückgegangen, und deshalb ist für die europäische Flaschenindustrie die Einführung des Vierschichtensystems - die Schicht zu sechs Stunden - unter Beibehaltung der Sonntagsruhe notwendig, wie das die Glasarbeiterorganisationen in den Hauptglasindustrielländern von ihren Regierungen und in Genf beim Internationalen Arbeitsamt fordern. Aus volkswirtschaftlichen, kulturellen, staatlichen und humanitären Gründen ist diese Forderung gestellt worden, und die verantwortlichen Stellen haben die Pflicht, dieser Forderung endlich Rechnung zu tragen. Eine Erfüllung der Wünsche der Flaschenindustriellen wäre für Deutschland eine Schande.

In Belgien haben sich die Glasindustriellen nicht gescheut, den Versuch zu machen, wieder 13jährige Kinder in den Hütten zu beschäftigen.

Die sozialistische Frau

F R A U E N B E I L A G E D E S S . P . D

Nr. 100

Berlin, den 29. Dezember 1932

Hausfrau, hilf Dir selbst!^x

SPD. Selbst ist der Mann, aber selbst ist auch die Frau, heute mehr denn je, und wenn es in dieser Notzeit nicht möglich ist, ehrliche Arbeit in Geld und Verdienst umzusetzen, so ist es umso mehr nötig, Arbeit und Arbeitsleistung in anderen Werten fruchtbar zu machen, einmal in Ersparnis von Ausgaben, und vor allem in Spannkraft und Arbeitsfreudigkeit, denn der schlimmste Feind in diesen Tagen der Not ist ein Versinken in Lethargie und Arbeitsmüdigkeit. Die Frau muss es auch jetzt trotz aller Einschränkungen verstehen, in ihrem Heim, sei es auch noch so einfach, eine Atmosphäre von Behagen und Wohlsein zu schaffen. Das aber ist heute nicht leicht. Auch der kleinste Haushalt erfordert Mittel, um in gutem Zustand erhalten zu werden, besonders ältere Haushaltungen, in denen es gilt, überkommenen Besitz pflegsam zu erhalten. Für Neuananschaffungen fehlt das Geld, und auch den Handwerker, der die nötigen Reparaturen leisten sollte, kann man nicht bezahlen. Dadurch unterbleiben so manche erforderlichen Arbeiten; Wohnung und Haushalt werden unbehaglich; überall fehlt es an Ordnung und Akkuratess. Deshalb bedeutet es nicht, dem gelernten Arbeiter ins Handwerk zu pfuschen, ihn um einen Verdienst zu bringen, wenn die Frau es lernt, alle in Haushalt und Garten vorkommenden Reparaturen selbst sachgemäss auszuführen. An diesen kleinen Reparaturarbeiten, zu denen oft noch weite Wege kommen, die selten im richtigen Verhältnis zur verlorenen Zeit bezahlt werden, liegt dem Handwerker gewöhnlich wenig; bei grösseren Arbeiten wird man ja doch seine Hilfe nicht entbehren können.

So ist es zu begrüssen, wenn gelernte Meister angestellt werden, die also dadurch ihrerseits einen kleinen Verdienst finden, um in geschlossenen Kursen Hausfrauen und Mädchen in allen im Hause vorkommenden Reparaturen sachgemäss zu unterrichten, sei es, dass z.B. eine Klingel oder auch eine elektrische Lichtleitung nicht funktioniert, eine Sicherung durchgebrannt ist, ein Schubfach sperrt, ein Schloss sich nicht öffnen oder schliessen lässt usw. Alle diese Schäden werden, schlecht repariert, meist noch schlimmer gemacht. Deshalb sollte die Hausfrau alle diese Arbeiten sachgemäss erlernen. Die Deula-Werke in Zeesen bei Königswusterhausen, aber auch das Jugendheim in Charlottenburg haben bereits den Versuch gemacht, solche Kurse für Frauen einzurichten. Einfacher und billiger liessen sich solche Kurse vielleicht den Fortbildungsschulen angliedern. In Zeesen werden die Kurse im Anschluss an Siedlerkurse erteilt. Das hat den Vorteil, dass hier ohnehin ein Stamm von Handwerkern beschäftigt ist und die weiträumigen Werkstätten der Kraftfahrschule für praktische Versuche zur Verfügung stehen. Denn alle Theorie ist hier verpönt; es wird nicht "gesagt", wie eine Sache gemacht werden soll, sondern es wird praktisch gezeigt, was passiert, wenn eine Reparatur falsch ausgeführt wird.

Da ist z.B. ein Stück Wand aus Mauersteinen aufgeführt; auch das wurde von den Teilnehmerinnen des Kursus selbst gemauert. Hier sollen nun Bilder aufgehängt werden, aber die Härte des Steins setzt, wie wir alle wissen, dem Hammer und Nagel Widerstand entgegen, oder der Putz bröckelt ab und das Loch wird zu gross. Nun zeigt der Meister, wie in dieses zu grosse Loch ein Holz-

dübel eingefügt wird, der Nagel und Bild hält, und damit noch nicht fertig, muss auch gelernt werden, wie man die schadhafte Stelle in der Wand sorgfältig verschmiert und verklebt. Oder etwa eine Tür ist nicht gängig, hat sich durch Hitze oder Feuchtigkeit geworfen. Da gilt es festzustellen, ob es nötig ist, die Tür etwas abzuhobeln oder sie nur in den Scharnieren zu heben. Dass die Nähmaschine gerade dann, wenn es gilt, das Sonntagskleid fertig zu machen, ihre Mucken hat, müssen wir nur allzu oft erfahren, und auch, dass gerade dann der Mechaniker nicht zu haben und zu bezahlen ist. Aber was tut's! Die Hausfrau, die den Kursus mitgemacht hat, versteht es, die Maschine auseinanderzunehmen, und bringt den Schaden schnell wieder in Ordnung. Ja, auch an den Motor der Buttermaschine wagt sie sich heran, um ihn wenigstens so lange auf die Beine zu bringen, bis der Monteur kommt. Die Harke ist zerbrochen, ein Stuhlbein wackelt, eine Kommode hat ein Bein verloren; macht nichts. Im Kursus für Holzarbeiten hat die Hausfrau gelernt, Fuchsschwanz, Leimkocher und Hobel zu brauchen, ohne gleich auf Werkstatt und Hobelbank angewiesen zu sein. Ausserdem lernen die Frauen durch diese Anleitungen, die Arbeit des Handwerkers richtig einzuschätzen und zu beurteilen, was Meisterarbeit und was Pfuscharbeit ist, sodass sie z.B. nicht, wenn ihnen ein junger Lehrling ins Haus geschickt wird, diesem ausgeliefert sind und den gleichen Preis zahlen müssen wie für gute Meisterarbeit.

So ist es ein Stück Lebenssicherheit und Lebensbemeisterung, was durch die Kurse erworben wird, und auch ein Stück Lebensfreude, wie sie jede tüchtige Arbeit mit sich bringt.

Helene Bulle.

Im Reiche der Perchten.^X

SPD. Es ist schön, in irgend einem süddeutschen Städtchen einen Martinstag zu erleben oder mit der Schwarzwaldjugend die "Klöpflesnächte" zu feiern. Es ist interessant und volkskundlich ausserordentlich lehrreich, die Fruchtbarkeitsbräuche in den verschiedensten deutschen Landschaften zu verfolgen. Aber am schönsten, am allerschönsten sind doch die Dreikönigsfeste im Bayrischen und Oesterreichischen, vor allem in den Salzburger Bergen. Warum? - Ja, das lässt sich nicht mit wenigen Worten sagen. Am besten ist es schon, wir nehmen, wenn auch nur in Gedanken, selbst einmal an so einer Feier des Dreikönigstages teil.

Ob es da auch nicht gar zu fromm hergeht? Der Dreikönigstag ist doch ein kirchliches Fest! Nun, so übermässig fromm schauen die Burschen, die den Dreikönigs-Vorspruch aufsagen, nicht gerade aus. Aber hören wir ihnen einmal zu:

"Die heiligen drei König san kommen von fern,
Zwegn dem dass erschienen ein leuchtender Stern.
Nix Guats is net gwesen, die gefährliche Reis:
Koa Quartier, magers Essen und ausgschamte Preis:
Koa Ochs, koane Esel, koa Jungfrau obendre -
Oh Du heiliger Heiland, wo magst Du wohl sei?"

Die Bibel meldet zwar nichts von dem "mageren Essen und den ausgschamten Preisen", über die man hier die drei Könige so ehrlich empört klagend hört, aber es ist nicht einzusehen, weshalb es damals besser in der Welt zugegangen sein mag als heute... Aber hören wir weiter:

"Oh Du himmlischer Heiland, mit uns, da is g'fehlt!
Bist nimmer net z'finden in der buckleten Welt!
So san's eini ins Hochland. Dös war damisch verschneit.-
Die heiligen drei König schaun umi im Tal,

Schaun aufi auf d'Wänd, auf die Spitzen scho z'mal.
Und oan nach 'n andern san d' Augen gar feucht.
So blau war der Himmel. Der Schnee, der hat g'leucht!
Und still is all gwen - hat ah koaner nix g'sagt.
Die Händ, die ham's gefalten und nimmer ham's gefragt!"

Eine wundervolle Naturechtheit, eine tiefe Verbundenheit mit dem blauen Himmel, den schneebedeckten Bergen, der geheimnisvollen Schönheit und Stille der Alpenwelt klingt aus den treuherzigen Worten, deren Sinn viel tiefer ist, als es beim oberflächlichen ersten Hören scheinen mag. Die drei Könige in der Bibel finden Christus in der Krippe; doch hier in dem alten Vorspruch suchen sie ihn vergeblich in der Welt. Ihre Frage nach ihm verstummt dann, aber, als ihr Blick die höchsten Gipfel der Bergwelt umspannt, als ihre Seelen von der ewigen Rätselhaftigkeit des Daseins und der Unendlichkeit des Naturgeschehens berührt werden.

Die Burschen verkleiden sich am Dreikönigstag als schöne oder schiache (hässliche) Perchten. Frau Percht ist eine Schreckgestalt, ein Dämon (ursprünglich eine altgermanische Göttin), oft aber auch eine freundliche, gute Frau (Frau Holle), die Hauswesen und Ernte segnet. Die schönsten Perchten gehen am Nachmittage um. In ihrer Gesellschaft befinden sich Spassmacher, ein junger Bursche, der ein Wickelkind an einer Schnur trägt und es jungen Frauen und Mädchen zuwirft, Schneider mit grossen Scheren, Müller, Zigeuner und Musikanten. Die schönen Perchten tanzen vor den Häusern und werden überall freudig empfangen, da der alte Volksglaube ihnen die Rolle der Fruchtbarkeitsdämonen zuerteilt hat, die Gutes bringen und das Schädliche von Mensch und Tier fernhalten.

Geusserst originell, unvergesslich für den, der einmal einen derartigen Umzug miterlebt hat, sind die schiachen Perchten. In der Dämmerung, ja, oft in völliger Dunkelheit, rast eine Schar von etwa 40, manchmal noch mehr Burschen den Berg hinab ins Tal. Ueber ihrer Kleidung tragen die Perchten schwarze Schaffelle; auf dem Kopfe sitzt die unförmige Perchtenhaube; das Gesicht aber ist verhüllt durch eine fürchterliche Maske mit Stosszähnen und Hörnern. Hinter den eigentlichen Perchten lärmen andre verummte Gestalten, weisse Leinwandstreifen vor den Gesichtern, in denen nur für Augen und Mund Löcher geschnitten sind. Alle tragen Schellen mit sich, die ein ohrenbetäubendes Geklingel vollführen. Dazu wird eine grosse Trommel geschlagen; Peitschen knallen; Kuhhörner werden geblasen. Es ist ein Höllenlärm, und wer als Fremder ahnungslos in einen solchen Zug hineingerät, der kann wohl glauben, dass die wilde Jagd neu erstanden sei und über ihn hinwegbrause. In wenigen Sekunden ist auch schon die ganze Schar vorüber. Nur der Lärm, den sie vollführen, ist noch aus der Ferne lange zu hören. Sie stürmen durch die Dörfer, über die Felder, durch Gärten und Anwesen, und überall empfängt sie Jubelrufen und freudiger Willkommensgruss. Denn die alte Vorstellung sagt, dass die Fruchtbarkeit umso grösser werde, je mehr schiache Perchten unterwegs sind, und so freut sich jeder Bauer, wenn die Zahl seiner Besucher recht gross ist.

Gewiss handelt es sich dabei um einen Aberglauben, und die heutige Zeit trägt von Jahr zu Jahr mehr von den alten Bräuchen ab. Und doch ist der Dreikönigsbrauch selbst für den aufgeklärtesten Grosstädter, der ihn zum erstenmale mitten in dieser abgeschlossenen Bergwelt erlebt, von einer ungeheuren Eindruckskraft. Die 2000 Jahre Christentum, die zähe, tief wirkende Arbeit der Kirche, die Einwirkung von Kultur und Zivilisation, von Wissenschaft und Technik, von Aufklärung aller Art, von grossen Erfindungen auf allen Gebieten - es ist, als ob das alles nichts sei, als ob ein Jahrtausend wirklich nur eine flüchtige Sekunde in der Menschheitsgeschichte bedeute. Hier, in der Abgeschlossenheit der Berge, im Angesichte der schweigenden weissen Häupter, der mit ewigem Schnee bedeckten Gipfel ist vielleicht der einzige Ort, wo sich trotz Christentum und Kirche so etwas wie eine Naturreligion erhalten hat.

Eine Naturreligion, die nicht etwa mit dem seit kurzem seine Auferstehung feiernden "Wodankult" verwechselt werden darf, sondern die völlig gesund und wurzelecht aus Lebensbedingungen und Umwelt erwachsen ist und sich erhalten hat. Um was es hier geht, um Fruchtbarkeit, um Regen und Schnee, um Sonne und Wind, das ist geblieben und musste bleiben bis zum heutigen Tage. Denn hier, im rein bäuerlichen Bezirke, ist man noch nicht, wie in den Städten, von Mächten abhängig, die sich berechnen, regulieren, verändern lassen, sondern hier spielen die Naturgewalten noch die einstige Rolle der primitiven, ungeheuren Mächte, denen Anwesen und Felder preisgegeben sind. Und deshalb kann es garnicht anders sein, als dass auch der Dreikönigstag, der letzte Tag der dämonischen 12 Nächte, hier verschieden ist von allem, was die deutsche Landschaft an Herkommen und Ueberlieferung bewahrt hat.

Elke.

Die Spender.^x

SPD. Die Wohlfahrtseinrichtung, deren Erfahrung hier mitgeteilt wird, befindet sich in einer grossen Stadt und nimmt sich vor allem bedürftiger Geistesarbeiter an. Denen geht es schlecht. Hunderte haben nichts Rechtes zu essen, vielen fehlt es an Kleidung und Wäsche. Alle möchten gern verdienen, aber niemand bietet ihnen eine Tätigkeit an.

Die Wohlfahrtseinrichtung hat sich die Mühe gemacht, den Leuten, denen es noch etwas besser geht, diese Not vor Augen zu führen. Sie hat tausend Briefe an gutgestellte Personen geschrieben. Auch durch Zeitungsartikel und Rundfunkvorträge wies sie auf die furchtbare Lage der Betroffenen hin und bat um Hilfe.

Und nun das Erstaunliche.

Die Empfänger der Briefe, die Leser der Zeitungsartikel, die Rundfunkhörer waren bewegt. Man muss es schon so nennen. Sie haben die Briefe nicht in den Papierkorb geworfen, sie haben die Zeitung nicht beiseite gelegt, den Lautsprecher abgestellt, - im Gegenteil! Sie entschlossen sich zu einer schönen Tat. Nicht gerade alle, doch immerhin viele.

Zunächst einmal entschlossen sich solche Persönlichkeiten, die sich um des Prestiges willen in solchen Fällen immer entschliessen müssen, die Spitzen des geistigen und politischen Lebens. Aber das ist nicht wichtig. Viel eindrucksvoller nimmt sich die Bereitschaft der unteren Volksschichten aus. Denn hier gerade war die Wirkung am stärksten. Der kleine Bürgersmann mit der eisernen Uhrkette und dem goldenen Herzen, aus der Sphäre des Plüschsofas und des Vertikos, stellte das Hauptkontingent. Ob hier, am Rande der Not, das Mitfühlen leichter ist? Ob vielleicht der Reiz des Wohltuns hier stärker empfunden wird? Oder liegt es daran, dass ein leichter Druck auf die Tränendrüsen in diesen Kreisen immer noch zieht?

Wie dem auch sei. Ein Zigarrenhändler sendet, "um die Not der geistig Schaffenden etwas zu lindern", mehrere Kisten Zigarren. Ein Familienvater lädt einen Notleidenden täglich zu Tisch ein, unter der Voraussetzung allerdings, dass er Schachspieler sei. Ein Delikatessenhändler gibt zehn Pfund Butter und fünfzig Eier. Eine Prokuristin erklärt sich bereit, jeden Monat fünf Mark zu spenden. Ein Kegelerverein überlässt den Bedürftigen seine Klubkasse, sechzig Mark, die sonst für einen Herrenaussflug verwandt worden wären. In einem anonymen Briefe spendet ein altes Mütterchen fünfzig Mark. Ihr Sohn war auch "Geistesarbeiter"; er ist gefallen. Bei einem Metzger können sich täglich zwei Notleidende etwas Aufschnitt zum Abendbrot holen. Vom Lande wird ein Lebensmittelpaket geschickt, "für einen Künstler"; die Absenderin habe

gehört, besonders den Künstlern ginge es heute so schlecht.

Man könnte hundert solche hübschen Beispiele nennen. Daneben laufen zahlreiche kleine Beträge ein, zwischen zwei und fünf Mark. Und gerade Spenden, die sichtlich mit Opfern verbunden sind, zeigen das warme Gefühl von Schicksalsverbundenheit, das in der kleinbürgerlichen Schicht noch lebendig ist. Gutgestellte Beamte, nachhafte Intellektuelle, überhaupt die sogenannten Wohlhabenden treten in der Liste der Spender bescheiden zurück. Erfreulicher ist schon die Teilnahme der Geschäfte. Aber wenn auch hier manch schönes Beispiel echter Aufopferung erwähnt werden könnte, was soll man sagen, wenn z.B. eine angesehene, leistungsfähige Firma als Gabe für notleidende, hungernde Volksgenossen 90% hohe Stehkragen schickt?

H.P.

Das Mädchen aus dem Jenseits.^x

SPD. An der livländischen Aa, unweit ihrer Mündung in den Meerbusen von Riga, dort, wo eine breite Sandbank den Fluss in zwei Hälften teilt, steht ein einsames Fährhaus. Dort ging es am Abend des 4. September 1917 sehr lebhaft zu. Die russischen Truppen hatten auf dem Rückzug vor der deutschen 8. Armee fluchtartig das linke Flussufer geräumt und sich auf die gegenüberliegende Seite zurückgezogen, wo sie im Schutze der Wälder biwakierten. Ihre Verfolger schanzten sich an den jenseitigen Uferhängen ein, um hier die Nacht zu verbringen. Eine Gruppe deutscher Soldaten hatte das Fährhaus besetzt, dessen Bewohner geflohen waren, und richtete sich darin häuslich ein. Das beste Zimmer des ärmlichen, aus Balken errichteten Hauses war dem Kompagnieführer, einem Hauptmann, eingeräumt worden. In den übrigen Räumen hatten sich ein paar Meldegänger und der Bursche des Hauptmanns wohnlich eingerichtet.

Das Haus musste erst vor wenigen Stunden von seinen Insassen verlassen worden sein, denn die Spuren ihrer bisherigen Anwesenheit waren noch so unverwischt, dass die Eindringlinge erstaunt waren, als sie alle Räume durchstöberten und nirgends ein menschliches Wesen entdeckten. Eine Fibel lag aufgeschlagen auf dem Tische, ein angebissenes Vesperbrot daneben. Im Herd erstarb die Glut eines erloschenen Holzfeuers. Lustig gackerten einige Hühner im Hofe, und im kleinen Stalle neben dem Hause grunzte behaglich ein Schwein.

Da also der rechtmässige Besitzer des kleinen Anwesens nicht auffindbar war, betrachteten es die Soldaten nach Kriegssitte als ihr Eigentum. Der Bursche des Hauptmanns ging denn auch gleich daran, einem besonder vorwitzigen Hinkel den Hals abzuschneiden und ihn für seinen Herrn zuzubereiten. Dem übrigen Federvieh wurde noch eine Gnadenfrist bewilligt, während das Schicksal des Schweines von dem früheren oder späteren Eintreffen der Feldküche abhing. Es bestand ein stillschweigendes Einverständnis innerhalb der Mannschaft, dass die Hühner für den Hauptmann reserviert blieben, der bei der Kompagnie ein besonderes Ansehen genoss. Er war keiner der üblichen Helden und Eisenfresser. Die Kompagnie war für ihn eine grosse Familie, deren Wohl und Wehe seine erste Sorge war. Das machte ihn bei der Mannschaft beliebt, und die Leute gingen deshalb mit ihm durch dick und dünn. Dass sie also den Hühnern des Fährmanns nicht samt und sonders die Häuse abschnitten, war lediglich ein Beweis ihrer Achtung für den Hauptmann. Dieser kam gerade von einer Erkundungsfahrt zurück, als er vor dem Fährhause Blutspuren und ein Häufchen Hühnerfedern gewahr wurde. Er wollte einen der Leute nach der Ursache fragen, aber die Frage blieb unausgesprochen, denn plötzlich stand ein Mädchen, wie aus dem Boden gewachsen, vor ihm. Die Erscheinung, die so unerwartet im Kreise der Soldaten auftauchte, machte alle verstummen.

Es war ein ärmlich gekleidetes Mädchen mit blondem, schlicht gescheiteltem Haar, einem zarten, oval geschnittenen Gesicht und einem Körper, dessen schöner Wuchs auch durch das derbe Kleid, das ihn verhüllte, nicht verborgen wurde. Das Mädchen war schmerzlich berührt, als es die Fremden gewahrte, und in seinem Inneren schien sich ein Kampf abzuspielen um die Entscheidung, ob es die Eindringlinge beschimpfen oder um Schonung des Anwesens bitten sollte. Da sah es den Blutfleck und die Federn, und wenn es auch nur das Blut eines armen Hinkels war, dessen Leben den Kreislauf der Erde weder hemmte noch förderte, so schien doch beim Anblick dieses vertropften Blutes in dem Mädchen eine Welt zusammenzustürzen. Was hatte es diesen Menschen getan, dass sie hierher kamen und töteten? Warum zerstampfte der Krieg die heimatlichen Felder, wo sie so friedlich gelebt hatten, sie, ihre Eltern und alle die kleinen Leute, denen solche Schandtaten, wie sie jetzt im Kriege verübt wurden, fremd waren! Mit einem Klagelaut auf den Lippen, wie eine Mutter, deren Kind man geschändet hat, und mit Tränen in den schönen Augen stürzte sich das Mädchen auf den Schweinestall, riss die Türe auf, und - ein Freudenschrei löste die Klage ab - das Schweinchen war noch heil und munter. Das Tier aus dem Stalle bugsieren und aus dem Hofe hinaustreiben, war für das Mädchen anscheinend eine Kleinigkeit, denn bis die erstaunten Soldaten recht wussten, was geschah, war das Mädchen schon ihren Blicken entschwunden. An die zurückgelassenen Hühner schien es nicht mehr gedacht zu haben.

Wie verträumt standen die Leute da und starrten der Entschwundenen nach, bis der Hauptmann den Bann löste, indem er befahl, die noch lebenden Hühner im wahrsten Sinne des Wortes ungerupft zu lassen, damit sie ihr rechtmässiger Eigentümer unversehrt wieder zurück erhalte. Die Nacht senkte allmählich ihre Schleier über Freund und Feind. Ringsum war es still geworden. Nur das eintönige Murmeln des Flusses und der bedächtige Schritt einer Feldwache waren noch hörbar.

Das feine Ohr des patrouillierenden Postens vernahm aber noch ein andres Geräusch, das aus der Richtung, in der das Fährhaus stand, zu ihm drang. Es schien ihm der gedämpfte Ton von Stimmen zu sein, die miteinander sprachen, und als der Posten näher kam, sah er vor dem Fährhaus einige dunkle Gestalten sitzen. Es waren die Leute des Hauptmanns. Während der Flammenschein brennender Gehöfte den nächtlichen Horizont blutig rötete, sasssen sie, da sie keinen Schlaf finden konnten, hier beisammen und erzählten sich heimatliche Geschichten. Und jede Geschichte drehte sich um ein Mädchen. In den Rokitnosümpfen, wo Myriaden von Stechmücken sie plagten, in Wolhynien, wo der Hunger so gross war, dass eine zufällig entdeckte Katze einen Festbraten abgab, zwischen Smorgon und Krewo, wo ihnen die Russen höllisch zusetzen, nirgends hatten sie ein Mädchen zu Gesicht bekommen. Sie wussten kaum noch, dass sie Menschen waren. Wie Schlachttiere wurden sie, wenn es nötig war, in die Eisenbahnwaggons verladen und an der grossen russischen Front dort eingesetzt, wo es nur Knochen zu verlieren, aber keine Mädchen zu gewinnen gab. Und nun war ihnen heute dieses Mädchen erschienen wie eine Gestalt aus dem Jenseits! Mit einem Male wussten sie wieder, dass es jenseits dieses Krieges etwas Schöneres gab, als den Heldentod fürs Vaterland zu sterben. Und sie erinnerten sich jener Tage, da sie noch fest in der heimatlichen Scholle wurzelten, jener glücklichen Stunden, da noch die warmen Glieder eines Mädchens sich an ihren Körper schmiegt. Da ihnen das Herz voll war zum Ueberlaufen, begann der Mund von selbst zu erzählen, und jeder zauberte den Kameraden ein Stückchen längst entschwundenes Glück herbei.

Am Horizont verglommen allmählich die Brandopfer des Krieges. Nur die Wasser der Aa rauschten ihr ewiges, nie verstummendes Lied.

Richard Spitznagel.

Es war ein ärmlich gekleidetes Mädchen mit blondem, schlicht gescheiteltem Haar, einem zarten, oval geschnittenen Gesicht und einem Körper, dessen schöner Wuchs auch durch das derbe Kleid, das ihn verhüllte, nicht verborgen wurde. Das Mädchen war schmerzlich berührt, als es die Fremden gewährte, und in seinem Inneren schien sich ein Kampf abzuspielen um die Entscheidung, ob es die Eindringlinge beschimpfen oder um Schonung des Anwesens bitten sollte. Da sah es den Blutfleck und die Federn, und wenn es auch nur das Blut eines armen Hinkels war, dessen Leben den Kreislauf der Erde weder hemmte noch förderte, so schien doch beim Anblick dieses vertropften Blutes in dem Mädchen eine Welt zusammenzustürzen. Was hatte es diesen Menschen getan, dass sie hierher kamen und töteten? Warum zerstampfte der Krieg die heimatlichen Felder, wo sie so friedlich gelebt hatten, sie, ihre Eltern und alle die kleinen Leute, denen solche Schandtaten, wie sie jetzt im Kriege verübt wurden, fremd waren! Mit einem Klage laut auf den Lippen, wie eine Mutter, deren Kind man geschändet hat, und mit Tränen in den schönen Augen stürzte sich das Mädchen auf den Schweinestall, riss die Türe auf, und - ein Freudruf löste die Klage ab - das Schweinchen war noch heil und munter. Das Tier aus dem Stalle bugsieren und aus dem Hofe hinaustreiben, war für das Mädchen anscheinend eine Kleinigkeit, denn bis die erstaunten Soldaten recht wussten, was geschah, war das Mädchen schon ihren Blicken entschwunden. An die zurückgelassenen Hühner schien es nicht mehr gedacht zu haben.

Wie verträumt standen die Leute da und starrten der Entschwundenen nach, bis der Hauptmann den Bann löste, indem er befahl, die noch lebenden Hühner im wahrsten Sinne des Wortes ungerupft zu lassen, damit sie ihr rechtmässiger Eigentümer unversehrt wieder zurück erhalte. Die Nacht senkte allmählich ihre Schleier über Freund und Feind. Ringsum war es still geworden. Nur das eintönige Murmeln des Flusses und der bedächtige Schritt einer Feldwache waren noch hörbar.

Das feine Ohr des patrouillierenden Postens vernahm aber noch ein andres Geräusch, das aus der Richtung, in der das Fährhaus stand, zu ihm drang. Es schien ihm der gedämpfte Ton von Stimmen zu sein, die miteinander sprachen, und als der Posten näher kam, sah er vor dem Fährhaus einige dunkle Gestalten sitzen. Es waren die Leute des Hauptmanns. Während der Flammenschein brennender Gehöfte den nächtlichen Horizont blutig rötete, sassen sie, da sie keinen Schlaf finden konnten, hier beisammen und erzählten sich heimatliche Geschichten. Und jede Geschichte drehte sich um ein Mädchen. In den Rokitnosümpfen, wo Myriaden von Stechmücken sie plagten, in Wolhynien, wo der Hunger so gross war, dass eine zufällig entdeckte Katze einen Festbraten abgab, zwischen Smorgon und Krewo, wo ihnen die Russen höllisch zusetzen, nirgends hatten sie ein Mädchen zu Gesicht bekommen. Sie wussten kaum noch, dass sie Menschen waren. Wie Schlachttiere wurden sie, wenn es nötig war, in die Eisenbahnwaggons verladen und an der grossen russischen Front dort eingesetzt, wo es nur Knochen zu verlieren, aber keine Mädchen zu gewinnen gab. Und nun war ihnen heute dieses Mädchen erschienen wie eine Gestalt aus dem Jenseits! Mit einem Male wussten sie wieder, dass es jenseits dieses Krieges etwas Schöneres gab, als den Heldentod fürs Vaterland zu sterben. Und sie erinnerten sich jener Tage, da sie noch fest in der heimatlichen Scholle wurzelten, jener glücklichen Stunden, da noch die warmen Glieder eines Mädchens sich an ihren Körper schmiegen. Da ihnen das Herz voll war zum Ueberlaufen, begann der Mund von selbst zu erzählen, und jeder zauberte den Kameraden ein Stückchen längst entschwundenen Glück herbei.

Am Horizont verglommen allmählich die Brandopfer des Krieges. Nur die Wasser der Aa rauschten ihr ewiges, nie verstummendes Lied.

Richard Spitznagel.

Hunderttausend Selbstmörder!^X

SPD. Eine Selbstmordwelle von geradezu erschreckendem Ausmass geht gegenwärtig über die Erde. Es vergeht kein Tag, an dem nicht die Zeitung von Fällen berichtet, in denen verzweifelte Menschen den Freitod gesucht haben. Wie umfangreich diese traurige Zeiterscheinung zu werden beginnt, kann man daran erkennen, dass sich bereits eine regelrechte Wissenschaft vom Selbstmorde zu entwickeln beginnt. Vor kurzem erschien in Augsburg das erste Heft einer neuen, in mehreren Sprachen erscheinenden Zeitschrift unter dem Titel: "Archiv für Erforschung und Bekämpfung des Selbstmordes". Der Herausgeber ist Dr. Hans Rost, einer der bedeutendsten Fachmänner auf diesem traurigen Forschungsgebiete. Dr. Rost ist der Meinung, dass der Selbstmord heute keine Einzelercheinung mehr sei, hervorgerufen durch bestimmte seelische Verwirrungen, sondern eine Massenerscheinung, eine Krankheit, ein schweres Leiden am Körper der zivilisierten Menschheit, dem man mit einer durchgreifenden Heilmethode zu begegnen sich bemühen muss.

Geradezu unheimlich wirkt die Sprache der Selbstmordstatistik. Wir erfahren dadurch, dass sich in den heutigen Kulturstaaten der Erde rund 100000 Menschen jährlich das Leben nehmen. Ganz selbstverständlich ergibt sich die Feststellung, dass die von der Wirtschaftskrise und von den politischen Wirren der Kriegs- und Nachkriegszeit am meisten betroffenen Länder mit der Anzahl der Selbstmorde an der Spitze stehen. Von 10 000 Einwohnern nahmen sich im Jahre 1928 in Oesterreich 3,12 das Leben, in Ungarn 2,94, in der Tschechoslowakei 2,49, in Deutschland 2,45. Der leichtlebigeren Süden und der höchsten Norden in Europa stehen weit günstiger da. In Griechenland nahmen sich von 10 000 Einwohnern nur 0,23 das Leben, und auf den Färöern, der dänischen Inselgruppe im Atlantischen Ozean zwischen Schottland und Island, ist seit 1925 überhaupt kein Selbstmord mehr vorgekommen.

SPD. Abrüstung durch internationale Jugenderziehung.^X Die deutsche Sektion des Weltfriedensbundes der Mütter und Erzieherinnen hat an den Reichsaussenminister von Neurath das dringende Gesuch gerichtet, auf der Genfer Abrüstungskonferenz zu beantragen, in den Abrüstungspakt einen Artikel über die "Erziehung der Jugend im Sinne der Völkerverständigung" (entsprechend dem Artikel 48 der Deutschen Reichsverfassung) als "international bindende Vereinbarung" aufzunehmen und dieser Verfügung durch internationale Kontrolle in allen Ländern zur Durchführung zu verhelfen. Ein gleiches Gesuch wird von den Schwesterorganisationen des Bundes in den andern Ländern an ihre Regierungen gerichtet, um auf diese Weise einen einheitlichen Beschluss der Abrüstungskonferenz zu ermöglichen.

SPD. Eine liebenswürdige Trösterin. Sophie Arnould besuchte Voltaire in Ferney. "Ach, Madame", sagte der Philosoph, "ich bin vierundachtzig Jahre alt und habe vierundachtzig Dummheiten gemacht."
"Das ist noch garnichts", erwiderte die Arnould. "Ich bin erst vierzig und habe schon tausend Dummheiten gemacht."

"Unsre Feinde kommen in ihrem Urteil über uns der Wahrheit näher als wir selbst."
Larochefoucauld.